Liechtenstein-Institut
Forschung und Lehre

Wilfried Marxer

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2013

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 46

Fachbereich Politikwissenschaft
April 2014

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut

Die Verantwortung für die Arbeitspapiere
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt:
Dr. Wilfried Marxer (wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li)

Wilfried Marxer

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2013

Fachbereich Politikwissenschaft
April 2014

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
http://www.liechtenstein-institut.li - info@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 1

2. Ereignisse und Entwicklungen 2

Gewaltvorfälle 2
Sonstige Ereignisse 2
Gerichtsfälle 3

3. Verhalten von Behörden und nichtstaatlichen Akteuren 4

Massnahmen 4
Stellungnahmen, Studien, Veranstaltungen 4

4. Fazit 5

Literatur, Dokumente, Quellen 5

Literatur und Berichte in und aus Liechtenstein 5
Dokumente in und aus Liechtenstein 6
Dokumente zu und über Liechtenstein 7
Literatur Ausland 7
Zeitungen Liechtenstein (inkl. Onlineartikel) 7
Internetartikel 8
Videobeiträge (online) 8

Links und Adressen 8

Links Behörden 8
Links gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt 8
Links und Adressen Jugendtreffs bzw. VLJ-Mitglieder 8

Internet-Suche 9

Auszug aus dem Strafgesetzbuch 10

ANHANG 1: Pressedokumentation 11

ANHANG 2: Online-Dokumente 27

ANHANG 3: Kampagne, Behörden, Statements 33

ANHANG 4: Dokumente aus der Szene 37

1. Einleitung

Das Liechtenstein-Institut in Bendern wurde von der Gewaltschutzkommission (GSK) der Regierung damit beauftragt, über einen Zeitraum von fünf Jahren eine jährliche Dokumentation über rechtsextreme Vorfälle zu erstellen. Der Monitoringbericht ist ein Bestandteil des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus (MAX), der für die Dauer von 2010 bis 2015 von der Regierung beschlossen wurde. Damit wird auch eine Empfehlung des UNO-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) umgesetzt.

Die vierte nun vorliegende Dokumentation bezieht sich auf das Jahr 2013. Der Bericht dokumentiert Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund, etwa Gewaltakte oder politische Aktionen, aber auch Massnahmen und Kampagnen gegen den Rechtsextremismus, ferner auch Medienberichte in Zeitungen und Onlineplattformen.

Im Berichtsjahr fiel die rechtsextreme Szene wie im Vorjahr insbesondere mit Aktionen der „Europäischen Aktion“ und der „Volkstreue Jugend Liechtensteins“ auf. Diese international vernetzten Gruppierungen traten mit Flugblättern oder Internetauftritten in Erscheinung. Im Vergleich zum Vorjahr war die Präsenz jedoch deutlich schwächer.

Gewaltaktionen wurden 2013 nicht bekannt und es wurden auch keine Gerichtsverfahren zu Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund durchgeführt.

2. Ereignisse und Entwicklungen

Nachstehend werden alle Ereignisse, Gerichtsvorfälle, Massnahmen, Stellungnahmen sowie Studien und Veranstaltungen, welche öffentlich dokumentiert sind und sich direkt oder indirekt mit der Materie Rechtsextremismus in Liechtenstein befassen, in chronologischer Ordnung angeführt.

Gewaltvorfälle

Im Jahr 2013 kam es zu keinen registrierten Gewaltvorfällen, welche in Verbindung mit der rechtsextremen Szene gebracht werden können. Es sind auch keine Vorfälle, die einen ausländerfeindlichen Hintergrund hätten bzw. aus diesem entstanden wären, dokumentiert.

Sonstige Ereignisse

Im Jahr 2013 ist wie im Vorjahr insbesondere die „Europäische Aktion“ mit Flugblättern in Erscheinung getreten. Die nachstehend genannten Ereignisse sind nicht zwingend vollständig, da es immer davon abhängig ist, ob eine entsprechende Meldung eingeht. Geistiger Vater der Europäischen Aktion ist der Schweizer Bernhard Schaub, ein bekannter Holocaustleugner. Mit der Europäischen Aktion versucht er, rechtsextreme Gruppierungen in Europa zusammenzubringen. Auf der Website (http://www.europaeische-aktion.org) werden die Ziele der Organisation vorgestellt. Seit mehreren Jahren werden die Ziele der Europäischen Aktion mit Flugblättern und weiteren Aktionen in Liechtenstein verbreitet. Es finden auch regelmässig internationale Treffen mit Beteiligung von Aktivisten aus Liechtenstein statt. Das Symbol der Europäischen Aktion, welches auf den Flugblättern abgedruckt ist, ist das Kruckenkreuz. Dieses kann als eine Art Ableitung des Hakenkreuzes gesehen werden und war auch im autoritär geführten Österreichischen Ständestaat 1934 bis 1938 das Symbol der Vaterländischen Front und des Ständestaates.

Die nachfolgende Chronologie listet die verschiedenen Aktionen im Jahr 2013 auf.

Am 20. Februar wurden Ballone der Europäischen Aktion im Unterland festgestellt.

Im März wurde aus zahlreichen Gemeinden gemeldet, dass Flyer der Europäischen Aktion zum Ziel Nr. 5 („Schaffung einer europäischen Eidgenossenschaft“, siehe Anhang) verteilt wurden.

Im Juni verteilte die gleiche Organisation Flugblätter mit dem Ziel Nr. 6 („Überführung des Geld- und Medienwesens ins Volkseigentum“) in Briefkästen in Triesenberg, Ruggell, Schaan und Eschen, allenfalls auch noch in weiteren Gemeinden.

Am 24. Mai wurde eine Pressemitteilung der Landespolizei über eine Körperverletzung in Triesenberg veröffentlicht. In verschiedenen Leserbriefen wurde in der Folge auf ausländerfeindliche Vorfälle in Liechtenstein hingewiesen und auch die Körperverletzung in Triesenberg als ausländerfeindliche Tat beschrieben.

Im September wurden Flugblätter mit dem Ziel Nr. 7 („Wiederaufbau der Tradition – Kampf der Dekadenz und Naturzerstörung“) in Briefkästen in Triesenberg, Vaduz, Eschen und Nendeln festgestellt.

Die Europäische Aktion berichtete auf ihrer Website auch über Informationsveranstaltungen der Europäischen Aktion Liechtenstein, die sie am 5. Januar und am 5. Oktober 2013 durchgeführt habe, sowie vom jährlich stattfindenden sogenannten „Europafest“, dessen Austragungsort nicht bekannt ist. Der Rechtsextremismusexperte Hans Stutz berichtete in einem Beitrag im Liechtensteiner Volksblatt (Anhang) vom 16. Oktober 2013, dass dieses Treffen wohl irgendwo in Mitteldeutschland stattgefunden habe. Ob die Veranstaltungen vom Januar und Oktober tatsächlich durchgeführt wurden und ob dies allenfalls in Liechtenstein war, ist nicht bestätigt, wie Polizeichef Jules Hoch in einem Volksblatt-Interview am 29. Oktober 2013 verlauten liess.

Die „Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein“ veröffentlichte auf ihrer Website (http://www.europaeische-aktion.org) im Verlauf des Jahres mehrere Stellungnahmen zu Themen wie etwa einem Strafprozess in Wien gegen die Betreiber einer Website. Die meisten Beiträge des Jahres 2013 auf der Website weisen keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Liechtenstein auf. In einem Jahresrückblick (Anhang) wird vor allem gegen die gerichtliche Verfolgung von Rechtsextremen in verschiedenen europäischen Ländern protestiert und dies als „Gesinnungsjustiz“ kritisiert.

Gerichtsfälle

Im Jahr 2013 sind keine Gerichtsfälle mit rechtsextremem Hintergrund bekannt geworden. Hingegen konnten die Vandalendelikte aus dem Jahr 2012 mit Sprayereien in einer öffentlichen WC-Anlage in Nendeln im März 2013 aufgeklärt werden. Als Täterinnen wurden vier weibliche Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren identifiziert.

3. Verhalten von Behörden und nichtstaatlichen Akteuren

Massnahmen

Im Jahr 2013 erfolgten keine spezifischen Massnahmen gegen den Rechtsextremismus, abgesehen von diversen Berichten, Stellungnahmen und Interviews in den Medien.

Stellungnahmen, Studien, Veranstaltungen

Über die Vorstellung des Rechtsextremismusberichts 2012 am 25. Februar 2013 wurde in der liechtensteinischen Presse sowie Radio Liechtenstein und 1FLTV berichtet. An der Pressekonferenz nahmen Regierungsrat Hugo Quaderer, Jules Hoch als Vorsitzender der Gewaltschutzkommission sowie Autor Wilfried Marxer teil.

Am internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März wurde mit einer Medienmitteilung unter anderem auf den Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus hingewiesen, ferner auf das internationale Monitoring durch den Ausschuss zur Überwachung der Umsetzung der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung (CERD) vom August 2012, die „Universelle Periodische Überprüfung" Liechtensteins durch den UNO-Menscherechtsrat im Januar 2013 sowie den Länderbericht über Liechtenstein der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) vom Februar 2013.

Am 4. März 2013 wurde eine ORF-Radiodiskussion durchgeführt, die sich mit Fragen des Rechtsextremismus befasste. Wilfried Marxer wurde dazu eingeladen, um über den Rechtsextremismusbericht in Liechtenstein zu informieren, welcher aus Vorarlberger Sicht als wertvoller und vorbildhafter Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beurteilt wurde.

Der Polizeichef und Vorsitzende der Gewaltschutzkommission, Jules Hoch, gab in einem Interview im Liechtensteiner Volksblatt vom 29. Oktober 2013 Auskunft über die rechtsextreme Szene in Liechtenstein und die verschiedenen Massnahmen der Landespolizei.

4. Fazit

Die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen beschränkten sich im Jahr 2013 weitgehend auf Flugblattaktionen der „Europäischen Aktion“ und Internetmeldungen der „Volkstreuen Jugend Fürstentum Liechtenstein“. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aktivitäten stark zurückgegangen. Gewaltvorfälle mit rechtsextremem Hintergrund sind nicht bekannt geworden und auch entsprechende Gerichtsfälle sind im Jahr 2013 keine zu verzeichnen. Nach Erkenntnissen der Landespolizei existiert in Liechtenstein nach wie vor ein Kern von sechs bis sieben Rechtsextremen mit einem erweiterten Sympathisantenkreis von 15 bis 20 Personen. Zwischen den Polizeibehörden der Region findet eine gut funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit statt.

Literatur, Dokumente, Quellen

Literatur und Berichte in und aus Liechtenstein

Amt für Auswärtige Angelegenheiten Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2007): Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein. Bestandsaufnahme zu den Fakten, Ursachen, Massnahmen und zum integrationspolitischen Handlungsbedarf, verfasst für die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. August 2007. Vaduz.

Amt für Soziale Dienste (Hg.) (1999): Rechtsradikalismus in Liechtenstein. Analyse und Massnahmenkatalog. 1999. Schaan.

Amt für Soziale Dienste (Hg.) (2007): Liechtensteinische Jugendstudie 2006 „Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein“ Endbericht der standardisierten Fragebogenerhebung. März 2007. Wien.

Eser Davolio, Miryam; Drilling, Matthias (2009): Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein. Eine qualitative Studie zu Hintergründen und Herangehensweisen. Eine Studie im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein. Fachhochschule Nordwestschweiz. Basel.

Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2008): Abschlussbericht „Respect bitte!“. Präventionskampagne Jugendgewalt der Gewaltschutzkommission. Dezember 2008. Vaduz.

Marxer, Veronika (2008): Fordern und Fördern: Perspektiven der liechtensteinischen Integrationspolitik. Bendern (Beiträge Liechtenstein-Institut, 43).

Marxer, Wilfried (2013): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2012. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 39).

Marxer, Wilfried; Russo, Marco (Hg.) (2012): Liechtenstein - Stärke durch Vielfalt. Innsbruck: Innsbruck University Press (Edition Weltordnung - Religion - Gewalt, 11).

Marxer, Wilfried (Hg.) (2012): Migration. Fakten und Analysen zu Liechtenstein. Bendern: Liechtenstein-Institut.

Marxer, Wilfried (2012): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2011. Unter Mitarbeit von Christoph Selner. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 33).

Marxer, Wilfried (2011): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2010 (unter Mitarbeit von Christoph Selner). Inkl. Anhänge: Dokumentation "Presseberichte Teil 1", Dokumentation "Presseberichte Teil 2", Dokumentation "Online-Beiträge", Dokumentation "Kampagnen, Behördenaktivitäten,

Statements", Dokumentation "Szeneaktivitäten". Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 30).

Marxer, Wilfried (2008): Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein. Soziale und politische Dimensionen, in: Beiträge Liechtenstein Institut Nr. 41/2008. Bendern.

Marxer, Wilfried (2008): Religion, Religiosität und religiöse Toleranz in Liechtenstein: Empirische Befunde aus der Umfrageforschung, in: Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 22. September 2008. Bendern.

Marxer, Wilfried (2007): Migration und Integration in Liechtenstein. Geschichte, Probleme, Perspektiven. Studie zuhanden der NGO-Arbeitsgruppe "Integration" (Mitarbeit: Manuel Frick). Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 8).

Dokumente in und aus Liechtenstein

Amt für Statistik (Hg.) (2011): Bevölkerungsstatistik. Vaduz.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.) (2009): Länderbericht Liechtenstein. Dritter Bericht gemäss Art. 25 Abs. 1 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. 17. März 2009. Vaduz.

Ausländer- und Passamt (Hg.) (2010): Liechtenstein - Stärke durch Vielfalt. Integrationskonzept 2010. (Verabschiedet durch die Regierung im Jahr 2010). Ausländer- und Passamt in Zusammenarbeit mit der Kommission für Integrationsfragen und in Abstimmung mit dem Schulamt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie dem Arbeitsmarktservice. Vaduz.

Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2003): Jahresbericht 2003 der Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (NAP) zu Handen der Regierung. 22. Dezember 2003.

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2011): Handbuch zur Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen unter besonderer Berücksichtigung von Jugendschutz und Gewaltprävention (auf Empfehlung der Vorsteherkonferenz, der liechtensteinischen Gemeinden und der Gewaltschutzkommission der Regierung (Download auf www.gewaltschutz.li, www.landespolizei.li oder den Gemeindeportalen).

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2010): Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus. MAX 2010-2015.

Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Liechtensteinisches Landesgesetzblatt, Jahrgang 2000 Nr. 80, ausgegeben am 30. März 2000.

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2013): Jahresbericht 2012. Vaduz.

Landesverwaltung Fürstentum Liechtensteinstein (Hg.) (2013): Landtag, Regierung und Gerichte 2012. Rechenschaftsberichte und Landesrechnung. Gewaltschutzkommission der Regierung (GSK). S. 152-153.

Presse- und Informationsamt Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2009): Pressebulletin Nr. 11/2009. Inneres. Aktuelle Studie "Rechtsextremismus in Liechtenstein" liegt vor. 3. Dezember 2009. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2012): Basisdokument des Fürstentums Liechtenstein für die Staatenberichte zu den Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Stand: Januar 2012. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2012): Liechtenstein. Zweiter Länderbericht für die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats. (16. Oktober 2012). Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2011): Liechtenstein. Vierter, fünfter und sechster Länderbericht gemäss Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2008): Liechtenstein. Erster Länderbericht für die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats. (26. August 2008). Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2005): Liechtenstein. Zweiter und dritter Länderbericht unter Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965. (23. November 2005). Vaduz.

Dokumente zu und über Liechtenstein

CERD - Committee on the Elimination of Racial Discrimination (2012): Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the convention. (31 August 2012). o.O.

CERD - Ausschuss zur Beseitigung von Rassendiskriminierung (Hg.) (2007): Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung: Liechtenstein.

CERD - Committee on the Elimination of Racial Discrimination (Hg.) (2007): Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Siebzigste Tagung, 19. Februar–9. März 2007. Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. 7. Mai 2007.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2013): ECRI-Bericht über Liechtenstein. (Vierte Prüfungsrunde). Verabschiedet am 5. Dezember 2012/Veröffentlicht am 19. Februar 2013. Strasbourg.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2008): Dritter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 14. Dezember 2007. 29. April 2008. Strassburg.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2003): Zweiter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 28. Juni 2002. Strassburg.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (1998): ECRI länderspezifischer Ansatz. Bericht über Liechtenstein. März 1998. Strasbourg.

Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (Hg.) (2010): Fürstentum Liechtenstein Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2009.

Literatur Ausland

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2010): Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schweiz – Akteure, Massnahmen und Debatten. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2009): Rechtsratgeber – Rassistische Diskriminierung, 2. Auflage. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2007): Rechtsextremismus bekämpfen: wirksame Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2005): Wie sagen wir es den Medien? Gegen Rassismus und Diskriminierung, für bessere Integration – Anregungen für die Öffentlichkeitsarbeit. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (o.J.): Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger – Wie erfahren Jugendliche rechtsextreme Gewalt, welche biografischen Faktoren beeinflussen den Einstieg, was motiviert zum Ausstieg? Bern.

Zeitungen Liechtenstein (inkl. Onlineartikel)

Liechtensteiner Vaterland. [www.vaterland.li]

Liechtensteiner Volksblatt. [www.volksblatt.li]

Liewo (Neue Liechtensteiner Woche). [http://www.vaterland.li/page/liewo/index.cfm]

flash - Das Jugendmagazin der Jugend-Drehscheibe VLJ [www.vlj.info]

Internetartikel

Europäische Aktion. [http://www.europaeische-aktion.org/]

Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein [http://logr.org/vjfl/]

Videobeiträge (online)

Liechtensteiner Volksblatt. [http://www.volksblatt.li/]

1 FLTV. [http://www.1fl.li/]

Links und Adressen

Links Behörden

Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein. [www.gewaltschutz.li]

Landespolizei (Pressemitteilungen - Archiv). [www.landespolizei.li]

Landesverwaltung (Amt für Soziale Dienste). [www.llv.li]

Portal des Fürstentums Liechtenstein. [www.liechtenstein.li]

Regierung des Fürstentums Liechtenstein. [www.regierung.li]

Links gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München [http://www.aida-archiv.de/index.php]

Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), Schweiz, mit einer Chronologie rechtsextremistischer Vorfälle, erstellt vom Journalisten Hans Stutz [http://chronologie.gra.ch/]

Linksammlung der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein [http://www.gewaltschutz.li/Links/tabid/62/Default.aspx]

Links und Adressen Jugendtreffs bzw. VLJ-Mitglieder

Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen [www.vlj.info]

Alle VLJ Mitglieder mit Hinweisen zu den Jugendtreffs unter:

[http://www.euro26.li]

aha-Tipps & Infos für junge Leute Schaan
Camäleon Vaduz
Haus Gutenberg, Balzers / Jugend- & Bildungshaus
Jugendarbeitsgemeinschaft Gamprin, Schellenberg und Ruggell, JAG
Jugendraum Mauren
Jugendtreff Kontrast Triesen
Jugendtreff Zuber Planken Offene Jugendarbeit Schaan
Jugendtreffpunkt Pipoltr Triesenberg
Offene Jugendarbeit / Jugendtreffpunkt Scharmotz Balzers
Offene Kinder & Jugendarbeit Eschen/Nendeln

Internet-Suche

Die Abfrage im Internet erfolgt unter den folgenden Schlagworten (in Kombination mit Liechtenstein):

- Ausländer
- Gewalt
- Rechte Szene
- Rechtsextremismus
- Rechtsradikalismus
- Skin(heads)
- Neonazi
- Hakenkreuz

Auszug aus dem Strafgesetzbuch

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) vom 24. Juni 1987, LGBl. 1988 Nr. 37 (§ 283 abgeändert durch LGBl. 2000 Nr. 36).

§ 283 Rassendiskriminierung

1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ist zu bestrafen, wer

1. öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt,
2. öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,
3. mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,
4. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert,
5. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen versucht,
6. eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,
7. sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art, die eine Rassendiskriminierung im Sinne von Abs. 1 zum Inhalte haben,

1. zum Zwecke der Weiterverbreitung herstellt, einführt, lagert oder in Verkehr bringt,
2. öffentlich anpreist, ausstellt, anbietet oder zeigt.

3) Abs. 1 und 2 kommen nicht zur Anwendung, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der sachgerechten Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Im Internet: http://www.gesetze.li/get_pdf.jsp?PDF=1988037.pdf (Seite 161-162)

* * * * * * *

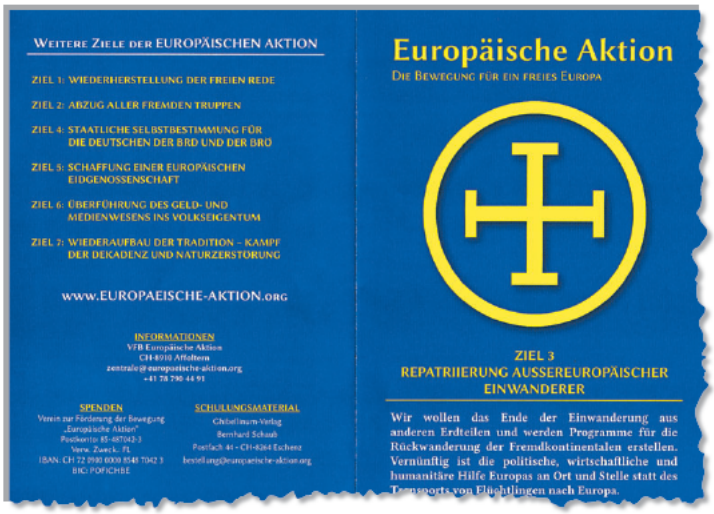
ANHANG 1: Pressedokumentation

Anhang zu
Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2013

Pressedokumentation

2013

Liechtensteiner Vaterland
Liechtensteiner Volksblatt
Weitere Printmedien





Regelmässig verteilt die EA in Liechtenstein Flugblätter, am 5. Januar veranstaltete sie einen Vortragsabend über Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess (rechts). (Foto: VMH)

EA Liechtenstein: Rechtsextremer Vortrag über Hitler-Stellvertreter

Treffen Die «Europäische Aktion» (EA) ist weiterhin im Land aktiv, auch nachdem ihr Landesleiter seinen Rücktritt angekündigt hatte. Am ersten Januarsamstag besuchten rund fünfzig Personen einen Vortrag über Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess.

VON HANS STUTZ*

«Rund 50 Gäste aus dem In- und Ausland» sollen am ersten Januarsamstag einer Einladung zu einem «Vortrags- und Liederabend» der EA Liechtenstein gefolgt sein. Dies verbreitet die Gruppe seit Kurzem auf der EA-Homepage. Der Bericht nennt weder den Namen des Referenten noch des «Liedermachers», der «volkstreue Musik für Jung und Alt» gespielt habe. Er belegt aber die politische Absicht: Die EA-«Aktivisten» wollen Schluss machen «mit dem Dogma der alleinigen Kriegsschuld an den beiden Weltkriegen», dies, um wieder eine nationalsozialistische Ordnung in Europa errichten zu können. Die EA, gegründet Anfang 2010 vom Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub, nennt dieses Ziel «Europäische Eidgenossenschaft».

Rudolf Hess: Idol der rechten Szene

Der unbekannte Vortragsredner sprach über den einstigen Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Dieser gehört seit seinem Selbstmord 1987 zu den Idolen der rechtsextremen Szene. Seine Bewunderer stilisieren ihn zum «Friedensflieger» und behaupten, er sei im Gefängnis Spandau von alliierten Tätern umgebracht worden. Der Referent habe, so der EA-Bericht, «auf Grund eigens gemachter Erlebnisse und mit Hilfe von physikalischen sowie physischen Fakten» den Beweis für den Mord erbraucht. Zum Schluss empfehlen die Liechtensteiner Rechtsextremisten das Buch eines ehemaligen Hess-Krankenpflegers, das in einem rechtsextremen Verlag erschienen ist.

«Rund 50 Gäste aus dem In- und Ausland lauschten den Ausführungen.»
BERICHT ÜBER DEN VORTRAGSABEND
HOMEPAGE DER EUROPÄISCHEN AKTION

Im September erklärte der Liechtensteiner EA-Landesleiter – nach der Publikation seines Namens durch das «Volksblatt» –, er habe «den Beschluss gefasst, den Rücktrittsentscheid» zu verlautbaren. Den Aktivitäten der EA tat diese verschwurbelt formulierte Ankündigung keinen Abbruch. Bereits Ende November 2012 verteilten die Rechtsextremen wieder Flugblätter, 15 000 Stück wollen sie unter die Leute gebracht haben. Auch in anderen Ländern ist die EA tätig. Am Samstag vergangener Woche verkündete Schaub an einer Veranstaltung in Genf, dass die EA nun auch in Frankreich «Fuss gefasst» und sich mit der Organisation «Terre et Peuple» («Land und Volk») sowie deren spanischer und portugiesischer «Schwesterorganisation» zusammengeschlossen habe.

* Hans Stutz ist Schweizer Journalist und gilt als Experte für Rechtsextremismus.

Gute Menschenrechtsbilanz für Liechtenstein

Bestätigung An der universellen periodischen Überprüfung (UPR) Liechtensteins durch den UNO-Menschenrechtsrat wurde Liechtenstein eine insgesamt gute Menschenrechtsbilanz attestiert. Dies gab das Amt für Auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch bekannt.

Die am Dialog mit Liechtenstein teilnehmenden Staaten äusserten sich am Mittwoch laut dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten positiv über die Anwesenheit einer hochrangigen Delegation unter der Leitung von Regierungsrätin Aurelia Frick mit Experten verschiedener Fachämter.

Ebenfalls positiv beurteilt wurde der liechtensteinische Länderbericht. Dieser gibt einen generellen Überblick über die Menschenrechtslage und geht detailliert auf die während der ersten UPR im Jahr 2008 erhaltenen Empfehlungen ein. «Zusätzlich enthält der Bericht aber auch eine selbstkritische Analyse der Herausforderungen und Defizite sowie ein separates Kapitel mit Kritikpunkten von heimischen NGOs», heisst es in der Aussendung weiter. Verschiedene Staaten hoben die Schaffung der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche als positive Entwicklung besonders hervor.



Die Delegation Liechtensteins um Regierungsrätin Aurelia Frick. (Foto: IKR)

Frick betonte Erreichtes

Regierungsrätin Frick berichtete in ihrem Einleitungsstatement über die wichtigsten Entwicklungen und Massnahmen im Bereich der Menschenrechte der vergangenen vier Jahre, namentlich das Gesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, die Einsetzung der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche, die Verabschiedung eines Integrationskonzepts, die Schaffung des Massnahmenplans gegen Rechtsextremismus, die Massnahmen zur Förderung von Frauen in politischen Entscheidungsgremien und weitere Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann. Überdies wies Regierungsrätin Frick auf aktuelle Entwicklungen und Gesetzesvorhaben wie die geplante Neuregelung des Kindschaftsrechts hin. Als geplante Neuerung erwähnte sie zudem die im Rahmen der Verwaltungsreform geplante neue Anlaufstelle zur verbesserten Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess.

Die Fragen und Empfehlungen der anderen Staaten an die liechtensteinische Delegation betrafen gemäss dem Amt insbesondere die Gleichstellung von Frau und Mann, die Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen und die Ratifikation von internationalen Menschenrechtsübereinkommen.

Regierung prüft nun Empfehlungen

Wie es das UPR-Verfahren vorsieht, wird die Regierung nun in den nächsten Wochen prüfen, welche der Empfehlungen sie annehmen will. Diese Entscheidung, zusammen mit allen Empfehlungen und der Zusammenfassung des Dialogs mit den anderen Staaten, werden im Juni 2013 vom Menschenrechtsrat verabschiedet und bilden die Basis für die nächste periodische Überprüfung Liechtensteins, die in vier-einhalb Jahren stattfinden wird.

Zwischenstaatlicher Prozess

Bei der universellen periodischen Überprüfung (UPR) handelt es sich um einen zwischenstaatlichen Prozess, in dem die UNO-Mitgliedsstaaten mit dem zu überprüfenden Land einen Dialog führen. Als Basis der Überprüfung dienen ein umfangreicher Länderbericht der Regierung, eine Zusammenfassung des Hochkommissariats für Menschenrechte über die Schlussfolgerungen der Expertenausschüsse der von Liechtenstein ratifizierten UNO-Menschenrechtsübereinkommen und eine Zusammenfassung der Beiträge, die von der Zivilgesellschaft und den Menschenrechtsorganen des Europarats und der OSZE eingereicht wurden. Zu den Zielen der UPR gehört die generelle Verbesserung der Menschenrechtslage in allen UNO-Mitgliedsstaaten. (red/ikr)

Die an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen werden ab kommendem Montag auf der Homepage des Amts für Auswärtige Angelegenheiten (www.aaa.llv.li; Rubrik Menschenrechte) abrufbar sein.

Liechtensteiner Vaterland, 22. Februar 2013, S. 3:

Unabhängige Beratungsstelle empfohlen

Im Kampf gegen Rassismus soll Liechtenstein seine Massnahmen weiter verschärfen. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) hat dazu einige Empfehlungen abgegeben.

Von Manuela Schädler

Vaduz. – Vor allem die fehlende Unabhängigkeit der Stabstelle für Chancengleichheit und deren begrenzte Befugnisse, sich mit Rassismus zu befassen, bereitet der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) Sorge. Dies ist im aktuellen ECRI-Bericht über Liechtenstein, der am 19. Februar veröffentlicht wurde, nachzulesen. Bei ECRI handelt es sich um eine unabhängige Stelle zur Beobachtung der Menschenrechte, die sich auf Fragen bezüglich Rassismus und Intoleranz spezialisiert hat. Gegründet wurde sie vom Europarat und ihre Aufgabe besteht darin, die Situation jedes Mitgliedstaats des Europarats betreffend Rassismus zu analysieren und Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Für Liechtenstein wurde bereits zum vierten Mal so eine Analyse durchgeführt. Eine Delegation von ECRI besuchte vom 13. bis 15. Februar Liechtenstein und machte sich ein Bild vor Ort.



Für mehr Integration: Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz zeigt den Handlungsbedarf im Bereich Rassismus auf. Symbolbild Wodicka

Unabhängige Beratungsstelle

Die fehlende Unabhängigkeit der Stabstelle für Chancengleichheit hat ECRI bereits früher kritisiert. Auch wenn die Stabstelle durch die Verwaltungsreform aufgelöst wird und die Aufgaben künftig von der neuen Stelle für soziale Angelegenheiten des Amtes für Soziales, Familie und Chancengleichheit wahrgenommen werden sollen, sieht ECRI keine Verbesserung: «Dies würde erheblich die wirksame Bearbeitung von Beschwerden und die Bereitstellung einer Beratung in unabhängiger Weise erschweren», steht im Bericht. Deshalb empfiehlt ECRI den liechtensteinischen Behörden, die Zuständigkeit der neuen Stelle und der Stelle des Ombudsmanns eindeutig festzulegen. Letztere sollte zur nationalen Sonderstelle zur Bekämpfung von Rassismus und rassistisch motivierter Diskriminierung erklärt werden. ECRI betont, dass die Unabhängigkeit dieser Stelle unbedingt notwendig sei. Die Pläne der Regierung, solch eine unabhängige Stelle für eine Ombudsperson einzurichten, hebt ECRI positiv hervor.

Mehr Flexibilität an den Schulen

Weiters empfiehlt ECRI in ihrem Bericht, dringend Bestimmungen des Ausländergesetzes aufzuheben, die besagen, dass eine Daueraufenthaltsgenehmigung zurückgezogen werden kann, wenn der Nichtstaatsangehörige dauerhaft und in einem erheblichen Umfang von Sozialhilfe abhängig ist.

Ausserdem wird kritisiert, dass die Oberschule nach wie vor mehrheitlich von Schülern mit Migrationshintergrund besucht wird. «Der Transfer zwischen den verschiedenen Ebenen der Sekundarschule sollte so flexibel wie möglich sein, um die Chance der Schüler nicht zu beeinträchtigen. Alle Massnahmen, die sich an die Eltern und Schüler mit Migrationshintergrund wenden, sollten verstärkt werden, um die Überrepräsentation dieser Schüler in der Oberschule zu begrenzen», steht im Bericht.

Rasches Handeln der Justiz

Im Bericht findet ECRI aber auch lobende Worte für Liechtenstein. Mehrere rassistisch motivierte Straftaten wurden von den Justizbehörden umgehend verfolgt. Ausserdem schliesst die polizeiliche Grundausbildung Kurse über Menschenrechte und Rassismus ein. Ebenfalls wurden Massnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungsangeboten verabschiedet. Auch die Studie über Rechtsextremismus in Liechtenstein, eine Aufklärungskampagne und die Einrichtung einer interdisziplinären Expertengruppe der Kommission gegen Gewalt wird im ECRI-Bericht als Fortschritt bezeichnet.

Überwachung fortführen

Im Zuge ihrer Analyse stellte ECRI fest, dass eine rechtsextreme Gruppe von 30 bis 40 Personen weiterhin in Liechtenstein aktiv ist. «Studien, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurden, zeigen, dass diese Person häufig gut in die Liechtensteiner Gesellschaft integriert und eng mit der rechtsextremen Szene in Deutschland und Österreich verbunden sind», ist im Bericht nachzulesen. Dies sei ein gutes Argument, die Überwachung der rechtsextremen Szene fortzuführen. Deshalb ist ECRI erfreut, dass die Kommission gegen Gewalt ihre Arbeit fortgesetzt hat.

Muslimischer Friedhof notwendig

Weiters stellt ECRI im aktuellen Bericht fest, dass es in Liechtenstein weiterhin an geeigneten Räumlichkeiten für religiöse und kulturelle Aktivitäten sowie Friedhöfen für die muslimische Gemeinschaft mangelt. Den Behörden wird empfohlen, alles Notwendige zu unternehmen, um solche geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ausserdem sollen die Projekte für einen muslimischen Friedhof abgeschlossen werden.

Liechtensteiner Volksblatt, 26. Februar 2013, S. 1:

Rechtsextreme weiterhin aktiv – Keine Gewaltvorfälle verzeichnet

Überblick Der Monitoringbericht über Rechtsextremismus verzeichnete für das Jahr 2012 keine Gewalttaten mit entsprechendem Hintergrund. Dennoch gelte es, angesichts regelmässiger Propagandaaktionen wachsam zu bleiben.

VON MARTIN HASLER

Wie bereits im Vorjahr seien auch 2012 zwei Organisationen durch eine «sehr hohe Präsenz» in Erscheinung getreten, erläuterte Wilfried Marxer gestern vor Medien in Vaduz: Die Volkstreue Jugend sowie die Europäische Aktion (EA). Der Verfasser des Monitoringberichts, der Teil eines 2010 verabschiedeten Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus ist, zog eine gemischte Bilanz: Einerseits sei es erfreulich, so Marxer, dass zwei Jahre nacheinander keine Gewalttaten mit entsprechendem Hintergrund verzeichnet worden seien; andererseits sei «praktisch monatlich Propagandamaterial verteilt» worden.



Kripo-Chef und GSK-Vorsitzender Jules Hoch, Regierungsrat Hugo Quaderer und Verfasser Wilfried Marxer (von links) stellten gestern den Monitoringbericht über rechtsextreme Aktivitäten im vergangenen Jahr vor. (Foto: Paul Trummer)

Internationale Vernetzung

Das lasse zwar auf ein hohes Niveau an Engagement und finanzieller Unterstützung im Hintergrund schliessen, angesichts der «abstrusen Forderungen» der EA ist gemäss Kripo-Chef Jules Hoch jedoch nicht von einer hohen Wirksamkeit auszugehen. Bedenklich ist aus Wilfried Marxers Sicht hingegen, dass die Aktivitäten der EA-Landesgruppe von deren Anführer – Holocaust-Leugner Bernhard Schaub – als «vorbildlich» dargestellt werde. Auch die internationale Vernetzung der liechtensteinischen Szene insbesondere durch die aktive Teilnahme an EA-Veranstaltungen stimme nachdenklich.

> **«Die rechte Szene ist in Liechtenstein nicht verschwunden.»**
>
> JULES HOCH
> KRIPO-CHEF UND GSK-VORSITZENDER

Jules Hoch, der gleichzeitig Vorsitzender der Gewaltschutzkommission (GSK) ist, kommentierte den Monitoringbericht mit den Worten: «Die rechte Szene ist nicht verschwunden.» Der Kern der Rechtsextremen bleibe zahlenmässig konstant bei geschätzten 30 bis 40 Mitgliedern. Hinter der EA und der Volkstreuen Jugend stecke der gleiche Personenkreis, welcher der Landespolizei bekannt sei. In strafrechtlicher Hinsicht seien die Aktionen – das Anbringen von Plakaten sowie das Verteilen von Flugblättern und Ballons. – meist nicht relevant, erklärte Hoch. Erfreulich sei jedoch, dass es durch die Gesellschaft einen gewissen Druck auf die Verantwortlichen gibt: Das habe sich beim raschen Rücktritt des EA-Landesleiters nach seiner öffentlichen Enttarnung gezeigt.

Der zuständige Regierungsrat Hugo Quaderer verwies bei der Präsentation des Berichts darauf, dass die Forschritte der vergangenen Jahre das Resultat einer «konsequenten Politik» gegen Rechtsextreme seien. Er bekräftigte erneut das Bekenntnis der Regierung zu einer offenen Gesellschaft, in der Diskriminierung jedweder Art keinen Platz habe. Als weiterer Teil des Massnahmenkatalogs gegen entsprechende Tendenzen sei mit der Fachgruppe Rechtsextremismus eine Anlaufstelle für Betroffene geschaffen worden. Die Kontaktaufnahme stehe allen Personen frei, die in direkter oder indirekter Weise von Rechtsextremismus betroffen sind; ein Informationsblatt sei – genauso wie der gestern vorgestellte Monitoringbericht – unter www.respect-bitte.li abrufbar.

Erneut Ballon-Aktion durchgeführt

Erst am vergangenen Wochenende hat die EA an öffentlichen Plätzen – unter anderem vor dem Regierungsgebäude – wieder blau-gelbe Ballone mit Flyern verteilt, wie auf der Homepage der rechtsextremen Organisation nachzulesen ist. Polizeisprecherin Tina Enz bestätigte gegenüber dem «Volksblatt», dass die Landespolizei darauf aufmerksam gemacht wurde und die Ballone von Patrouillen entfernt wurden. «Dies aufgrund der Wahrung der Verkehrssicherheit und der Bewilligungspflicht auf öffentlichem Grund», so Tina Enz.

Liechtensteiner Vaterland, 26. Februar 2013, S. 1:

Aktiv, aber ohne Gewalt



Flyer, Broschüren und Plakate: Die rechtsextremen Gruppierungen – hier die Europäische Aktion – machten in Liechtenstein im vergangenen Jahr mit Aktionen auf sich aufmerksam, die häufig keine Straftatbestände erfüllten. Bild sdb

Im Jahr 2012 gab es in Liechtenstein keine Gewalttaten mit rechtsextremem oder rassistischem Hintergrund. Dennoch zeigen mehrere Plakat- oder Flyeraktionen, dass die rechtsextreme Szene in Liechtenstein sehr aktiv war.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – Der Monitoringbericht zum Rechtsextremismus in Liechtenstein für das Jahr 2012 dokumentiert wie die Berichte für die Jahre 2010 und 2011 Vorfälle und Ereignisse rund um das Thema Rechtsextremismus. «Es ist erfreulich, dass es im Jahr 2012 wie schon im Jahr 2011 keine Gewaltvorfälle gegeben hat, die man mit dem Rechtsextremismus in Verbindung bringen muss. Das ist ein Erfolg einer konsequenten Politik sowie der Bekämpfung rechter Gewalt und fremdenfeindlicher Ideologien in den vergangenen Jahren», sagte Innenminister Hugo Quaderer bei der gestrigen Vorstellung des Monitoringberichts. Die Regierung habe immer klar betont, dass sie sich für eine offene Gesellschaft einsetzt und Diskriminierung und Ausgrenzung keinen Platz in der Gesellschaft haben. «Es ist die Aufgabe der Politik und jedes Einzelnen in der Gesellschaft, dass wir auch in Zukunft dranbleiben, nicht nachlassen und diesen Weg konsequent weitergehen», stellte Quaderer klar.

Fachgruppe betreut Betroffene

Auf der Grundlage einer Studie über den Rechtsextremismus in Liechtenstein, den die Fachhochschule Nordwestschweiz 2009 vorgelegt hatte, habe die Regierung einen Massnahmenkatalog ausgearbeitet, zu dem neben dem jährlichen Monitoringbericht auch die Sensibilisierungskampagne «Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt» gehörte. Ausserdem setzte die Regierung die Fachgruppe Rechtsextremismus (FGR) als Anlauf- und Beratungsstelle für Betroffene ein. «In Liechtenstein sollen Personen, die vom Phänomen Rechtsextremismus betroffen sind, nicht allein gelassen werden. Sie sollen eine fachlich kompetente und umkomplizierte Hilfestellung erhalten», so Quaderer. Wichtig sei ausserdem, dass die Hemmschwelle für Betroffene niedrig ist.

Rechte Szene war sehr aktiv

Das Ausbleiben rechter Gewaltvorfälle sei zwar positiv, bedeutet aber nicht, dass die rechte Szene nicht aktiv war: «Die rechte Szene war 2012 ziemlich aktiv. Das zeigen die Aktionen der Europäischen Aktion und der Volkstreuen Jugend.» SEITE 3

Liechtensteiner Vaterland, 26. Februar2013, S. 3:

Verfolgungsdruck auf rechtsextreme Szene ist hoch

Mit unterschiedlichen Aktionen machten rechtsextreme Gruppierungen im vergangenen Jahr in Liechtenstein auf sich aufmerksam. Hierfür verantwortlich soll ein harter Kern sein, der 30 bis 40 Personen umfasst und der Polizei bekannt ist.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – «Im vergangenen Jahr haben wir eine sehr aktive rechtsextreme Szene in Liechtenstein erlebt», sagte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts sowie Projektleiter und Autor des Monitoringberichts 2012 zum Rechtsextremismus in Liechtenstein, der gestern vorgestellt wurde.

Der Monitoringbericht sei keine vertiefende Studie über den Rechtsextremismus, für die Interviews mit Szenenmitgliedern geführt wurden. Der Bericht dokumentiere, was im Lauf eines Jahres aus der rechtsextremen Szene zu vernehmen war. Hierzu wurden die Medien, Onlineplattformen, Flyer sowie Plakate ausgewertet und auch dahingehend überprüft, ob Veranstaltungen organisiert wurden. «Ganz vollständig kann diese Sammlung nicht sein, aber wir haben doch ein Netz von Informanten, die uns einiges zutragen», so Marxer.



Stellten den Monitoringbericht vor: Jules Hoch, Chef der Kriminalpolizei und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, Innenminister Hugo Quaderer und Wilfried Marxer, Projektleiter und Autor des Monitoringberichts (v. l.). Bild sdb

Die Szene war sehr präsent

Dass es keine Gewaltvorfälle gegeben hat, sei zwar erfreulich, aber er gab auch zu bedenken, dass die Europäischen Aktion (EA) und die Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein (VJFL) sehr präsent waren und einen grossen Aufwand betrieben: Mit Postwurfsendungen, Plakaten, Transparenten, Ballonaktionen oder Auftritten bei Veranstaltungen im Ausland hätten die Gruppierungen nicht nur in Liechtenstein auf sich aufmerksam gemacht. «Bei Veranstaltungen im Ausland wird die Szene in Liechtenstein sehr lobend erwähnt, weil sie so aktiv sei und eine öffentliche Präsenz wie in kaum einem anderen Land habe. Es muss uns zu denken geben, dass wir aus dem Blickwinkel der rechtsextremen Szene als Vorbild dargestellt werden», sagte Marxer. Insgesamt werde deutlich, dass die rechtsextreme Szene international vernetzt ist.

Hintergrund schimmert durch

In einem Rückblick ging Marxer auf die Aktionen der EA und der VJFL ein, die im März 2012 mit einer wilden Plakataktion der Europäischen Aktion in Triesenberg auf gemeindeeigenen Hinweistafeln begonnen haben. «Der Inhalt erfüllte die Straftatbestandsnormen hinsichtlich Rassismus nicht: Die Diktion bewegte sich noch im Rahmen der allgemeinen Meinungsäusserungsfreiheit, wobei der rechtsextreme Hintergrund durchschimmert», so Marxer. Im Juni startete eine Flugblattaktion der Europäischen Aktion über ihre Ziele, wovon jedes in einem eigenen Flugblatt detailliert dargestellt wird. «Insgesamt wirken die Ziele ein bisschen wirr», sagte er.

Viel Kreativität erkennbar

Die VJFL hat Marxer zufolge im Juni versucht, an weiterführenden Schulen in Eschen, Vaduz und Triesen mit Flugblättern gezielt Jugendliche anzuwerben. «Monatlich stellen wir Ereignisse fest. Man ist mit viel Kreativität am Werk. Es ist bemerkenswert, dass über das ganze Jahr hinweg eine Fülle an Aktionen stattfand», fasste er zusammen. Dies verdeutliche, dass einige Personen dahinterstecken müssen. Ausserdem werde bei den Flugblättern und Plakaten auch ein finanzieller Einsatz geleistet. Wobei Marxer nicht davon ausgeht, dass diese eine grosse politische Wirkung enfalten.

Das Medienecho, das auf die Aktivitäten der rechtsextremen Szene folge, sei einerseits gut, weil man zeige, dass man sensibilisiert sei und die Szene aufmerksam verfolge. Andererseits gebe es als Nebenprodukt immer auch einen Werbeeffekt für die Verantwortlichen. «Wir sind froh, dass sich die Medien auch gegen die rechtsextreme Bewegung stellen», urteilte Marxer.

Personenkreis weitgehend bekannt

Jules Hoch, Kripo-Chef und Leiter der Gewaltschutzkommission, zeigte sich ebenfalls erfreut über das Ausbleiben der von der rechtsradikalen Szene ausgehenden Gewalt. «Das ist auch ein Erfolg der Arbeit, die in den vergangenen Jahren geleistet wurde», so Hoch. Auch er betonte in diesem Zusammenhang, dass die EA und VJFL trotzdem sehr aktiv gewesen seien. Häufig hätten die Aktionen jedoch nicht strafrechtlich verfolgt werden können und seien daher nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizei gefallen. Bei Sprayereien und anderen Sachbeschädigungen habe die Polizei aber jeweils Ermittlungen aufgenommen, um die Täter aufzuspüren. Der Personenkreis hinter allen Aktionen sei an sich der gleiche und der Landespolizei weitgehend bekannt. Der harte Kern der Szene umfasse 30 bis 40 Personen. «Der führende Kopf dahinter ist sicher der in den Medien geoutete Landesführer der Europäischen Aktion», so Hoch.

Die EA selbst sei in Europa sonst nirgends ein Thema. In Liechtenstein aber habe sie durch die Aktionen – getrieben durch den Kern der Szene – Aufmerksamkeit erhalten. «Ebenfalls einigermassen betroffen sind Vorarlberg und St. Gallen, weil der Verfolgungsdruck in Liechtenstein relativ hoch ist. So fällt es der rechtsextremen Szene schwer, Veranstaltungen in Liechtenstein zu organisieren und sie weicht zunehmend nach Vorarlberg und St. Gallen aus», so Hoch. Für das benachbarte Ausland sei dies zwar nicht «so erfreulich», es zeige aber, dass der Druck wirke.

Internationaler Tag gegen Rassismus

Am 21. März 1960 wurde eine friedliche Anti-Apartheidsdemonstration in Sharpeville, Südafrika, gewaltsam niedergeschlagen. Seitdem begeht die internationale Gemeinschaft jeweils am 21. März den Tag gegen Rassismus.

Vaduz. – Die Bemühungen, Rassismus zu bekämpfen sowie gegenseitiges Verständnis und Toleranz zu fördern, stehen im Zentrum dieses Tages.

Im internationalen Vergleich weist Liechtenstein mit etwa 33 Prozent einen relativ hohen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auf. Das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen ist deshalb für Liechtenstein von besonderer Bedeutung. Dieses Ziel lässt sich nur durch die Integration aller Bevölkerungsgruppen, die Schaffung von Chancengleichheit, die Förderung einer offenen Gesellschaft sowie die Bekämpfung von Rassismus erreichen.

Eine Reihe an Massnahmen ...

Liechtenstein hat in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren eine Reihe von bedeutenden Massnahmen erfolgreich durchgeführt. Zu erwähnen ist dabei das Integrationskonzept unter dem Titel «Stärke durch Vielfalt», welches die Regierung Ende 2010 verabschiedet hat. Das Konzept beinhaltet einen Massnahmenkatalog für die Jahre 2010 bis 2013. Wie der Titel bereits sagt, wird die Gesellschaft Liechtensteins durch die Förderung von Vielfalt, Mehrsprachigkeit, Offenheit und Toleranz gestärkt.

Ebenfalls hervorzuheben ist die Tätigkeit der Gewaltschutzkommission, welche im Rahmen des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus (MAX) seit 2010 eine Reihe von Massnahmen umgesetzt hat. Dazu gehört neben Sensibilisierungskampagnen auch das Monitoring von Gewaltvorfällen mit rechtsextremem Hintergrund in Liechtenstein. Seit 2011 veröffentlicht das Liechtenstein-Institut im Auftrag der Gewaltschutzkommission einen Monitoringbericht zu solchen Gewaltvorfällen in Liechtenstein. Erfreulicherweise wurden in diesem Bericht seit 2011 keine rechten Gewaltvorfälle mehr registriert. Dies kann als Erfolg für die konsequente Bekämpfung von Rechtsextremismus in Liechtenstein gewertet werden.

In jüngster Vergangenheit wurden die Massnahmen Liechtensteins zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung und Intoleranz von verschiedenen internationalen Gremien überprüft. Der zuständige Ausschuss zur Überwachung der Umsetzung der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung (CERD) überprüfte Liechtenstein im August 2012. Die Bekämpfung von Rassendiskriminierung war auch bei der «Universellen Periodischen Überprüfung» Liechtensteins durch den UNO-Menschenrechtsrat im Januar 2013 ein Thema. Schliesslich veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) im Februar 2013 ihren vierten Länderbericht über Liechtenstein.

... und weiterer Handlungsbedarf

Die vielfältigen Massnahmen Liechtensteins zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz wurden von allen erwähnten Gremien positiv anerkannt. Gleichzeitig stellten sie weiteren Handlungsbedarf bei einzelnen Bereichen der Ausländergesetzgebung sowie bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung fest. Alle genannten Berichte, Überprüfungen und Empfehlungen von internationalen Gremien zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung in Liechtenstein können auf der Website des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten abgerufen werden: www.llv.li/menschenrechte. *(ikr)*

Gegenseitige Toleranz fördern

Tag gegen Rassismus Am 21. März 1960 wurde eine friedliche Anti-Apartheidsdemonstration in Sharpeville, Südafrika, gewaltsam niedergeschlagen. Seitdem begeht die internationale Gemeinschaft jeweils am 21. März den Tag gegen Rassismus.

Die Bemühungen, Rassismus zu bekämpfen sowie gegenseitiges Verständnis und Toleranz zu fördern, stehen im Zentrum dieses Tages, teilte die Regierung am Mittwoch mit.

«Stärke durch Vielfalt»

Im internationalen Vergleich weist Liechtenstein mit etwa 33 Prozent einen relativ hohen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auf. «Das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen ist deshalb für Liechtenstein von besonderer Bedeutung. Dieses Ziel lässt sich nur durch die Integration aller Bevölkerungsgruppen, die Schaffung von Chancengleichheit, die Förderung einer offenen Gesellschaft sowie die Bekämpfung von Rassismus erreichen», heisst es in der Medienmitteilung der Regierung. Liechtenstein habe in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren eine Reihe von bedeutenden Massnahmen erfolgreich durchgeführt. Zu erwähnen sei dabei das Integrationskonzept unter dem Titel «Stärke durch Vielfalt», welches die Regierung Ende 2010 verabschiedet hat. Das Konzept beinhaltet einen Massnahmenkatalog für die Jahre 2010 bis 2013. Wie der Titel bereits sage, werde die Gesellschaft Liechtensteins durch die Förderung von Vielfalt, Mehrsprachigkeit, Offenheit und Toleranz gestärkt.

Ebenfalls hervorzuheben ist gemäss Regierung die Tätigkeit der Gewaltschutzkommission, welche im Rahmen des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus (MAX) seit 2010 eine Reihe von Massnahmen umgesetzt hat. Dazu gehöre neben Sensibilisierungskampagnen auch das Monitoring von Gewaltvorfällen mit rechtsextremem Hintergrund in Liechtenstein. Seit 2011 veröffentlicht das Liechtenstein-Institut im Auftrag der Gewaltschutzkommission einen Monitoringbericht zu solchen Gewaltvorfällen in Liechtenstein. «Erfreulicherweise wurden in diesem Bericht seit 2011 keine rechten Gewaltvorfälle mehr registriert. Dies kann als Erfolg für die konsequente Bekämpfung von Rechtsextremismus in Liechtenstein gewertet werden», schreibt die Regierung.

Liechtenstein wird durch internationale Gremien überprüft

In jüngster Vergangenheit wurden die Massnahmen Liechtensteins zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung und Intoleranz von verschiedenen internationalen Gremien überprüft. Der zuständige Ausschuss zur Überwachung der Umsetzung der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung (CERD) überprüfte Liechtenstein im August 2012. Die Bekämpfung von Rassendiskriminierung war auch bei der «Universellen Periodischen Überprüfung» (UPR) Liechtensteins durch den UNO-Menschenrechtsrat im Januar 2013 ein Thema. Schliesslich veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) im Februar 2013 ihren vierten Länderbericht über Liechtenstein.

Die vielfältigen Massnahmen Liechtensteins zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz wurden gemäss Regierung von allen erwähnten Gremien positiv anerkannt. Gleichzeitig hätten sie weiteren Handlungsbedarf bei einzelnen Bereichen der Ausländergesetzgebung sowie bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung festgestellt. Alle genannten Berichte, Überprüfungen und Empfehlungen von internationalen Gremien zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung in Liechtenstein können auf der Website des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten unter www.llv.li/menschenrechte abgerufen werden. (red/pd)

Liechtensteiner Vaterland, 30. März 2013, S. 3:

POLIZEIMELDUNG

Täterinnen im Alter von 14 bis 17 Jahren ermittelt



Sachbeschädigung: Die Jugendlichen verunstalteten im Dezember vergangenen Jahres unter anderem eine WC-Anlage in Nendeln. Bild Archiv

Nendeln/Vaduz/Triesen. – Die Landespolizei konnte mehrere Sachbeschädigungen und Einbruchdiebstähle klären. Vier junge Frauen im Alter von 14 bis 17 Jahren verübten im Zeitraum von mehreren Monaten diverse Delikte in den unterschiedlichsten Zusammensetzungen.

Eine 15- und eine 17-Jährige besprayten Anfang Dezember 2012 eine Türe des Wasserreservoirs sowie eine öffentliche Toilette in Nendeln. Bei der Toilettenanlage wurden in goldiger Farbe mehrere Schriftzüge und Formen auf die Wände und die Einrichtung gesprayt.

Eine weitere Beschädigung durch Sprayen bei einer WC-Anlage wurde im Städtle in Vaduz durch zwei 14-Jährige getätigt. Diverse Sprayereien auf dem Areal der Weiterführenden Schulen in Triesen zu Beginn dieses Jahres können einer der 14-Jährigen sowie dem 15-jährigen Mädchen zugeordnet werden. Die andere 14-Jährige wird weiters verdächtigt, Ende Januar in die Primarschule in Triesen sowie in einen Shop in Nendeln eingebrochen zu haben. Der entstandene Sach- sowie Vermögensschaden beläuft sich auf über 15 000 Franken. Auch Delikte im nahe gelegenen Ausland können den jungen Täterinnen angelastet werden.

Die beiden 14-jährigen sowie das 15-jährige Mädchen werden weiters wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz bei der Liechtensteinischen Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. *(lpfl)*

Liechtensteiner Volksblatt, 30. März 2013, S. 3:

Sachbeschädigungen

Polizei schnappt Mädchenbande

VADUZ Eine Mädchenbande soll Liechtenstein unsicher gemacht haben. Die Landespolizei kann nach eigenen Angaben den vier Mädchen im Alter von 14 bis 17 Jahren mehrere Sachbeschädigungen und Einbruchdiebstähle nachweisen. Die Mädchenbande soll die Straftaten in unterschiedlicher Zusammensetzung begangenen haben. So sollen sie ein Wasserreservoir und eine öffentliche Toilette in Nendeln mit Sprayereien verschmiert haben, wie die Landespolizei am Freitag mitteilte. Die Polizei macht die vier Mädchen auch für weitere Sprayereien an einer WC-Anlage in Vaduz sowie auf einem Schulareal in Triesen verantwortlich. Eine 14-Jährige wird zudem verdächtigt, in das Gebäude der Primarschule in Triesen sowie in einen Shop in Nendeln eingebrochen zu haben. Der Sachschaden und die Deliktsumme belaufen sich laut Polizei auf 15 000 Franken. Zwei Mädchen werden sich auch wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz verantworten müssen. (sda)

Liechtensteiner Vaterland, 24. Mai 2013, S. 3:

Verletzte bei Auseinandersetzung

Triesenberg. – Am Dienstagabend kam es in Triesenberg zu einer Körperverletzung. Ein unter Alkoholeinfluss stehender Mann und ein Fahrzeuglenker gerieten gegen 21 Uhr auf einer Strasse aneinander. Der Fahrzeuglenker wurde dabei am Körper verletzt, insbesondere im Gesicht, beide Männer mussten sich in ärztliche Behandlung begeben. *(lpfl)*

Liechtensteiner Vaterland/Liechtensteiner Volksblatt, 3. Juni 2013, S. 6:

LESERBRIEF

Empört euch

1. Szene: Anruf einer Gewinnspiellotterie, die mir weismachen will, dass ich 98 000 Euro gewonnen hätte, als ich dies höflich hinterfrage (ich spiele kein Lotto) schreit mich ein wutschnaubender Mann mit dem berühmten «Götz von Berlichingen»-Zitat an (ich möchte es nicht wörtlich wiedergeben) und hängt grusslos auf.

2. Szene: Unser Nachbarland Schweiz. Während eines Spazierganges mit dem Hund, spricht eine deutsch sprechende Frau eine fremde Passantin (Eidgenossin) an, worauf diese wutentbrannt, aggressiv in Schweizer Dialekt brüllt: «Lernen Sie erst mal Schwyzerdeutsch, wir sind hier nämlich in der Schweiz.»

3. Szene: Eine kleine Berggemeinde in Liechtenstein. Ein Liechtensteiner (deutsch sprechend) fragt höflich in deutscher Sprache, ob ihm die durch einen PKW versperrte Strasse freigemacht werden könnte? «Für einen ‹Deutschen› muss ich gar nichts» – dies die verbale Antwort, die physische folgt innert Sekunden, indem dieser vermeintliche Deutsche (Liechtensteiner) an Ort und Stelle auf brutalste Weise grundlos spitalreif niedergeschlagen und mit Füssen getreten wird.

Leider befinden wir uns mit diesen drei Akten nicht im Theater, sondern in der Realität im Hier und Jetzt.

Es empört mich, welche Respektlosigkeit im gesprochenen Wort, den minimalsten Anstand vermissend, mir in der 1. Szene entgegengeschleudert wird. Es empört mich, welch subtiler Rassismus bis hin zur rücksichtslosen offenen rassistischen Aggression an den nächsten zwei Beispielen ausgelebt wird. Es empört mich, dass nicht nur Menschlichkeit mit Füssen getreten wird. Es empört mich, dass solche Ereignisse verharmlost werden. Es empört mich, dass Fremdenfeindlichkeit, Fremdenangst massiv um sich greifen. Es empört mich, dass Zivilcourage ein seltenes Gut ist.

Was empört Sie?

Ruth Schöb (Liechtensteinerin), Auring 57, Vaduz

Zivilcourage

Empört euch

1. Szene: Anruf einer Gewinnspiellotterie, die mir weismachen will, dass ich 98 000 Euro gewonnen hätte, als ich dies höflich hinterfrage (ich spiele kein Lotto) schreit mich ein wutschnaubender Mann mit dem berühmten «Götz von Berlichingen»-Zitat an (ich möchte es nicht wörtlich wiedergeben) und hängt grusslos auf.
2. Szene: Unser Nachbarland Schweiz. Während eines Spazierganges mit dem Hund spricht eine deutsch sprechende Frau eine fremde Passantin (Eidgenossin) an, worauf diese wutentbrannt, aggressiv in schweiz. Dialekt brüllt; «lernen Sie erst mal schwyzerdeutsch, wir sind hier nämlich in der Schweiz»!!!
3. Szene: Eine kleine Berggemeinde in Liechtenstein. Ein Liechtensteiner (deutsch sprechend) fragt höflich in deutscher Sprache ob ihm die durch einen Pkw versperrte Strasse freigemacht werden könnte? «Für einen ‹Deutschen› muss ich gar nichts» - dies die verbale Antwort, die physische folgt innert Sekunden, indem dieser vermeintliche Deutsche (Liechtensteiner) an Ort und Stelle auf brutalste Weise grundlos spitalreif niedergeschlagen und mit Füssen getreten wird.
Leider befinden wir uns mit diesen Akten nicht im Theater, sondern in der Realität im Hier und Jetzt.
Es empört mich, welche Respektlosigkeit im gesprochenen Wort, den minimalsten Anstand vermissend, mir in der 1. Szene entgegengeschleudert wird.
Es empört mich, welch subtiler Rassismus bis hin zur rücksichtslosen offenen rassistischen Aggression an den nächsten zwei Beispielen ausgelebt wird. Es empört mich, dass nicht nur Menschlichkeit mit Füssen getreten wird. Es empört mich, dass solche Ereignisse verharmlost werden. Es empört mich, dass Fremdenfeindlichkeit, Fremdenangst massiv um sich greifen. Es empört mich, dass Zivilcourage ein seltenes Gut ist. Was empört Sie?

Ruth Schöb,
Vaduz

Würde des Landes und seiner Bewohner

Ein Beitrag zum Thema Rassismus und Diskriminierung in Liechtenstein

Am Freitag, 24. Mai, ist in der Landeszeitung zu lesen: « ... es kam gegen 21 Uhr zu einer Auseinandersetzung zwischen einem angetrunkenen Mann und einem Autofahrer. Demnach wurde Letzterer verletzt, insbesondere im Gesicht ...» Dieser Meldung ist Folgendes hinzuzufügen:

Der Autofahrer und Autor des Leserbriefes bat den gut gekleideten ca. 50-jährigen Herrn, der die einzige offene Strasse um eine Baustelle herum mit seinem Auto blockierte, in aller Form und Höflichkeit, die Strasse freizugeben. Der Herr schrie daraufhin sinngemäss, er «werde dem verdammten Deutschen in seine hochdeutsche Fresse schlagen» und als Deutscher habe er hier sowieso nichts zu sagen. Er brachte den Autor innerhalb von Sekunden zu Fall und schlug dann, die immer gleichen Sätze wiederholend, mindestens 7 Minuten mit gezielten Schlägen – einem schwer alkoholisierten Mann nicht möglich – auf diesen ein.

Es geht mir nicht um den Herrn und dessen Gewalttätigkeit. Es liegt mir völlig fern, ein Urteil über diesen Herrn abzugeben, denn er ist weder mein Patient noch kenne ich ihn privat oder habe ich ihn jemals zuvor gesehen. Dieser Herr ist «nur» das Endglied einer Kette, die mittels Gewalt eine bestimmte Grundhaltung, nämlich eine rassistisch-diskriminierende, zum Ausdruck bringt.

Die Polizei bestätigte, dass es häufig ihres Einsatzes bedürfe, um dieser Form der Gewalt Einhalt zu gebieten, die, wenn auch oft «nur» verbal oder im Verhalten, Menschen anderer Hautfarben, Ausländer, Nicht-Dialekt-Sprechende, Behinderte, sozial Randständige, Arbeitslose, seelisch Kranke, Hilflose, Schutzbedürftige, Asylbewerber und Flüchtlinge, Schwule, Lesben und Transgender, Andersgläubige usw. in unserem Land zu spüren bekommen.

Das «Niederschmetternde» sind die in unserem Land verwurzelten Quellen des Rassismus und der Diskriminierung, die meist nicht bei den Gewalttätigen zu suchen sind, sondern bei denen, die eine Gesellschaft politisch und gesellschaftspolitisch– im Guten wie im Bösen – durch ihren Einfluss und ihre Macht prägen.

Wäre es daher nicht endlich an der Zeit, durch eine externe Untersuchungskommission eine Analyse rassistischen und diskriminierenden Gedankenguts und Verhaltens zu erstellen? Was nutzen schöne Sonntagsreden gegen Rassismus und Diskriminierung, wenn gleichzeitig bestimmte Amtsstellen und einzelne besonders rassistische und diskriminierende Staats- und Versicherungsangestellte Schützenhilfe und Rückhalt durch Amtsleiter und Regierung erhalten?

Wäre es nicht endlich an der Zeit, der Forderung der UNO-Menschenrechtskommission nachzukommen, eine umfassende Nicht-Diskriminierungs-Gesetzgebung zu erstellen, zumal das Diskriminierungsverbot zu den «zwingenden» Menschenrechen gehört?

Ich bin voller Zuversicht, dass sich gerade die neue Regierung mit einem ehemaligen Polizeichef und unser neuer Landtag als Legislative diesem Thema – Rassismus und Diskriminierung – annehmen wird, damit wir nicht weiterhin nur in Scheinheiligkeit zu den zivilisierten Staaten gezählt werden können, sondern real so weit als möglich ohne politischen, sozialpolitischen und damit auch privaten Rassismus und Diskriminierung zu einem zivilisierten Niveau gelangen, das der Würde unseres Landes und seiner Bewohner entspricht.

Dr. med. Andreas Nägele, Birkenweg 13, Triesenberg

Liechtensteiner Volksblatt, 16. Oktober 2013, S. 3:

Liechtensteiner Rechtsextreme: Infoabend mit anonymen Rednern

Treffen Sie wollen ein Europa inspiriert von nationalsozialistischen Vorstellungen, doch Exponenten der Europäischen Aktion (EA) möchten unerkannt bleiben. Ein Veranstaltungsbericht der EA Liechtenstein nennt nicht einmal die Namen der Referenten.

VON HANS STUTZ *

Siebzig Personen «aus Nah und Fern» hätten am ersten Oktobersamstag (5. Oktober) an einer «Informationsveranstaltung» der Europäischen Aktion EA teilgenommen, berichtet die rechtsextreme Organisation auf ihrer Homepage. Drei Redner seien aufgetreten, zuerst «ein Mitglied der schweizerischen Avalon-Gemeinschaft» und zum Abschluss «ein Gebietsleiter der Europäischen Aktion in der BRD», dazwischen der Liechtensteiner «Mitstreiter». Dieser «Aktivist» rühmt die «fortlaufende Aufbauarbeit» und den «stetigen Aktivismus der letzten Monate», der ohne «zahlreiche Helferinnen und Helfer» nicht möglich gewesen wäre. In der Tat haben die EA-Leute mehrmals landesweit Flugblätter verteilt, sowie mit Ballonaktionen Aufsehen zu erregen versucht.

Typisch rechtsextreme Themen

Die Referenten sprachen zu bekannten rechtsextremen Themen. Der Vertreter der völkisch-heidnisch inspirierten Avalon-Gemeinschaft bediente die antisemitische Vorstellung von der jüdischen Dominanz über das Finanzkapital. Er habe, so der Veranstaltungsbericht, über die «Rothschild-Bankendynastie» gesprochen, die heute «ganzheitliche Macht über das Finanzimperium» der USA erlangt habe. Kein Begriff schaffe «eine so klare Assoziation zur Zinsknechtschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems wie der Name Rothschild». Dann sprach der deutsche Redner über die «US-amerikanische Besatzungsmacht» und über deren «finstere Pläne». Er behauptete auch in grossartiger Selbstüberschätzung, die EA sei «der Gegenentwurf zur zerstörerischen EU», dann griff er zur Gitarre und sang ein paar Lieder.

Wo genau der Liechtensteiner Anlass stattgefunden hat, ist ebenso unbekannt wie der Veranstaltungsort des jährlichen «Europafestes» von Mitte September 2013.



Auf der Homepage der EA wird ausführlich über einen Vortragsabend in Liechtenstein von Anfang Oktober berichtet, die Namen der drei Referenten werden jedoch nicht genannt. (Screenshot: VB)

Bekannt ist inzwischen, dass dieses Treffen in «Mitteldeutschland» über die Bühne ging und dass ein Liechtensteiner Redner die Festgemeinde beeindruckte, wie ein Besucher Tage später berichtete. Die EA sei «auf bestem Weg», gerade in den «stärksten Stützpunktregionen – hier wieder allen voran Liechtenstein». Bereits im vergangenen Jahr erhielten die Liechtensteiner Rechtsextremisten an der EA-Jahrestagung Kameradenapplaus für ihren Aktivismus. Nach der Publikation seines Namens beschloss der EA-Landesleiter aus Nendeln dann jedoch umgehend, seinen Rücktrittsentscheid «zu verlautbaren».

> **«Im Wertesystem der liberalen Welt begegnen wir einem geistigen und sozialen Notstand.»**
> EA-LANDESLEITER LIECHTENSTEIN
> ANSPRACHE AM «EUROPAFEST»

Die EA strebt ein Europa der Vaterländer an, bewohnt ausschliesslich von Menschen weisser Hautfarbe. Sie wurde Anfang 2010 gegründet, EA-Leitfigur ist der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub. Am «Europafest» lobte ein Deutsche EA-Exponent die «geniale Vorgabe» des Anführers. Allerdings hat sich Schaub seit mehreren Monaten öffentlich nicht mehr zu Wort gemeldet.

* Hans Stutz ist Schweizer Journalist und gilt als Experte für Rechtsextremismus.

Liechtensteiner Volksblatt, 29. Oktober 2013, S. 1:

Europäische Aktion besteht im Kern aus bekannten Rechtsextremen

Entlarvt Sie rühmen sich damit, nachts heimlich Flugblätter zu verteilen und Luftballons aufblasen zu können. Und kommen gemässigt daher. Doch laut der Landespolizei handelt es sich bei der Europäischen Aktion (EA) im Kern um Rechtsextremisten.

VON HOLGER FRANKE

Man nehme ein paar Ballons, fülle sie mit Helium und lasse sie steigen. So würde unsereins diesen kinderleichten Vorgang wohl beschreiben. Im Sprachgebrauch der EA klingt dieser Vorgang jedoch gleich viel dramatischer: «Die Kohäsion aus Ideenreichtum und mathematisch-technischem Geschick war es letztlich, die den Erfolg dieser Aktion ausmachte.» Angesichts dieser sprachlichen Überinterpretation könnte man sich nun zwar köstlich amüsieren. Doch eben jenes Sprachgeschick zeigt, wie bedenklich die Gruppierung agiert. In immer neuen Flugblättern macht die EA auf ihre Ziele aufmerksam, die – gemässigt politisch verpackt – nichts anderes als ewig gestriges Gedankengut unters Volk bringen sollen.



Als Vorsitzender der Gewaltschutzkommission mahnt Polizeichef Jules Hoch seit Jahren vor der rechtsextremen Szene in Liechtenstein. Auch die Aktivitäten der Europäischen Aktion Liechtenstein sind im Visier der Ermittler. (Archivfoto: Zanghellini)

Was wurde aus dem Aufschrei?

Die EA sieht ihre Nacht- und Nebelaktionen scheinbar als Meisterwerk der politischen Umerziehung an. Doch das Volk lässt sich nicht so einfach für dumm verkaufen. Es stellt Fragen. Wieso kann die EA Liechtenstein sich damit rühmen, Veranstaltungen mit Gleichgesinnten durchzuführen? Wer finanziert die Gruppierung überhaupt, wer sind hierzulande die Helfershelfer? Wieso kann sich die Gruppierung im Internet damit rühmen, gar die Landespolizei infiltriert zu haben? Wieso scheint der demokratische Rechtsstaat hilflos gegenüber all dem zu sein und was wurde aus den flammenden Appellen der Politik der vergangenen Monate, dem Ganzen endlich Einhalt zu gebieten? Zu diesem Hintergrund hat das «Volksblatt» den neuen Polizeichef Jules Hoch befragt, der als Vorsitzender der Gewaltschutzkommission in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht hat, dass eine rechtsextreme Ideologie in Liechtenstein keinen Platz hat.

«Bei diesem harten Kern handelt es sich um der Landespolizei bekannte Rechtsextreme.»

JULES HOCH
POLIZEICHEF

Im Interview betont Hoch, was zwar beinahe alle bislang immer dachten, aber so deutlich noch niemand ausgesprochen hat: «Es ist so, dass aktuell die rechte Szene in Liechtenstein vor allem von der Europäischen Aktion geprägt wird. Bei der EA gruppieren sich um einen stark ideologisierten Kern von sechs bis sieben Personen gegen 15 bis 20 Sympathisanten. Bei diesem harten Kern handelt es sich um der Landespolizei bekannte Rechtsextreme, die offensichtlich seit einiger Zeit bei der EA eine neue ‹ideologische Heimat› gefunden haben.»

EA wird international überwacht

Damit sollte nun auch dem Letzten klar sein, was es mit der Gruppierung auf sich hat, und dass sich die Sicherheit, in der sich die EA im Internet wägt, eine trügerische ist. Zwar sind dem Rechtsstaat bis zu einem gewissen Punkt Grenzen gesetzt, aber tatenlos zugesehen – wie es vielleicht den Anschein haben mag – wird nicht. Ganz im Gegenteil, wie Hoch verdeutlicht: «Die Landespolizei verfolgt die Aktivitäten der Europäischen Aktion in unserem Land permanent. Es bestehen auch Kontakte zu ausländischen Sicherheitsbehörden, sodass wir über die internationalen Kontakte und grenzüberschreitenden Aktivitäten der Europäischen Aktion ebenfalls sehr gut im Bilde sind.»

Aber auch hierzulande ist die Landespolizei wachsam und sie mahnt. Sollte beispielsweise ein privater Vermieter Räumlichkeiten einer Personengruppe im Wissen überlassen, dass diese die Lokalität gezielt zur Verbreitung strafrechtlich relevanter Inhalte – zum Beispiel rassendiskriminierender Ideologien – nutzen könnte, würde der Vermieter von der Landespolizei wegen des Verdachts einer möglichen Beitragstäterschaft in Bezug auf die Verbreitung rassendiskriminierenden Gedankenguts bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Interview Seite 7

Liechtensteiner Volksblatt, 29. Oktober 2013, S. 7:

Hoch: «Die rechte Szene in Liechtenstein wird vor allem von der Europäischen Aktion geprägt»

Interview Flyer, Aktionen und Veranstaltungen: Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Europäische Aktion Liechtenstein (EA) nach Belieben schalten und walten könne. Doch so ist es nicht, wie Polizeichef Jules Hoch deutlich macht. Die EA wird ständig überwacht – auch auf internationaler Ebene.

VON HOLGER FRANKE



Polizeichef Jules Hoch macht gegenüber dem «Volksblatt» deutlich, dass der liechtensteinische Ableger der EA im Kern aus «der Landespolizei bekannten Rechtsextremen» besteht. (Foto: ZVG)

Herr Polizeichef, im Juli sagten Sie gegenüber dem «Volksblatt», dass rechtsextreme Ideologien in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz hätten. Wie passt diese Aussage zu dem Umstand, dass die sogenannte Europäische Aktion Liechtenstein am 5. Januar und auch am 5. Oktober angeblich grössere Treffen durchführen konnte?

Jules Hoch: Diese Aussage stimmt natürlich nach wie vor: eine rechtsextreme Ideologie hat in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die Europäische Aktion versucht in Liechtenstein Treffen mit Gleichgesinnten abzuhalten. Zudem bestehen ohnehin Zweifel, ob diese von der Europäischen Aktion Liechtenstein organisierten Anlässe dann auch tatsächlich in unserem Land durchgeführt werden beziehungsweise worden sind. So hat beispielsweise das von Ihnen zitierte Treffen vom 5. Januar nach unseren Erkenntnissen nicht in Liechtenstein, sondern in der benachbarten Schweiz stattgefunden. Und auch in Bezug auf das Treffen vom 5. Oktober hat die Landespolizei keine Kenntnis, dass dieses wirklich in Liechtenstein abgehalten worden ist. Denn aufgrund des Drucks der Landespolizei ist es für rechtsextreme Gruppierungen ausgesprochen schwierig, im Land Räumlichkeiten zu bekommen, ohne dass wir Kenntnis davon erlangen. Dies hat sich in der Vergangenheit wiederholt gezeigt.

Dennoch entsteht der Eindruck, dass die Überwachung rechtsextremer Gruppierungen lückenhaft ist. Was müsste – eventuell auch politisch beziehungsweise rechtlich – verbessert werden, um eine bessere Überwachung der rechten Szene zu gewährleisten?

Wir gehen davon aus, dass diese Veranstaltung ebenfalls nicht in Liechtenstein stattgefunden hat, da die Landespolizei spätestens am Veranstaltungstag davon Kenntnis erlangt hätte. Denn ein Anlass mit behaupteten 50 Rechtsextremen aus verschiedenen Ländern bleibt in unserem Land der Landespolizei kaum verborgen. Im Übrigen ist ihr Eindruck aber absolut richtig: eine lückenlose Überwachung rechtsextremer Gruppierungen und ihrer Mitglieder gibt es in Liechtenstein nicht. Dies ist der Landespolizei weder rechtlich noch ressourcenmässig möglich. Wenn von einer Gruppierung oder einzelnen Personen eine Gefahr für den Staat ausgeht, werden diese verstärkt im Auge behalten und allenfalls auch präventiv angesprochen, damit sie wissen, dass sie auf dem Radar der Polizei sind. Wenn Sie von mir irgendwelche Forderungen nach schärferen Gesetzen oder mehr Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden erwarten, nur weil eine rechtsextreme Gruppierung behauptet, sie habe eine Zusammenkunft in unserem Land durchgeführt, muss ich Sie leider enttäuschen. Die bestehenden Gesetze erlauben es uns, diese Szene im Auge zu behalten, und wenn Delikte begangen werden oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, entsprechend zu intervenieren. Die bestehenden polizeilichen Möglichkeiten und Kompetenzen reichen hier aus. Als Gesellschaft sind wir aber zweifellos gefordert, für unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte immer wieder einzustehen und der von dieser Szene vertretenen Ideologie – Stichwort Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz – eine Absage zu erteilen.

«Die Landespolizei verfolgt die Aktivitäten der Europäischen Aktion in unserem Land permanent.»

Im Interview im Juli sagten Sie unter anderem auch, dass die Landespolizei keine «Gesinnungspolizei» ist und ihr die Hände gebunden sind. Wieso ist es offenbar nicht möglich, derartige Treffen rechtsextremer Gruppierungen im Vorfeld zu verhindern, oder die Teilnehmer und Organisatoren im Nachhinein zur Verantwortung zu ziehen?

Die von der EA verbreiteten Inhalte sind wiederholt der Staatsanwaltschaft zur rechtlichen Beurteilung übermittelt worden, ohne dass strafrechtlich relevante Inhalte festgestellt worden wären. Eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit geht von der EA aufgrund unserer Einschätzung aktuell ebenfalls nicht aus. Dennoch haben wir kein Interesse, dass die EA Gleichgesinnte nach Liechtenstein bringt, um hier Veranstaltungen abzuhalten und allenfalls Gegenkundgebungen zu provozieren. Aus diesem Grund stehen wir in engem Austausch mit den Gemeinden, die häufig für Veranstaltungsräume angefragt werden. Bei verdächtigen Anfragen kontaktieren diese die Landespolizei und holen vor einem Entscheid unsere Einschätzung ein. Wenn sich Gruppenmitglieder in privaten Räumen treffen, um ihre Ideen zu diskutieren, sind der Landespolizei natürlich die Hände gebunden – selbst wenn wir Kenntnis davon haben. Bisher sind wir mit unserer Strategie aber gut gefahren, sodass es in den vergangenen Jahren zu keinen grösseren Treffen rechtsextremer Gruppen in unserem Land mehr gekommen ist.

«Es bestehen auch Kontakte zu ausländischen Sicherheitsbehörden.»

Welche Möglichkeiten hat die Landespolizei grundsätzlich, um mögliche Treffen mit rechtsextremen Hintergrund zu verhindern? Könnten beispielsweise Besitzer von entsprechenden Räumlichkeiten nachträglich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie ihre Räume rechtsextremen Gruppierungen zur Verfügung stellen und auf den Veranstaltungen beispielsweise rassendiskriminierende Äusserungen gemacht werden?

Der Hauptansatzpunkt der Landespolizei zur Verhinderung von rechtsextremen Treffen in Liechtenstein ist es, die Anmiete von Räumlichkeiten zu erschweren, indem eng mit den Gemeindebehörden zusammengearbeitet wird. Dies hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass Private ihre Räumlichkeiten an diese Gruppierungen vermieten. Wenn ein solcher privater Vermieter seine Räumlichkeiten einer Personengruppe jedoch im Wissen überlässt, dass diese die Lokalität gezielt zur Verbreitung strafrechtlich relevanter Inhalte – zum Beispiel rassendiskriminierender Ideologien – nutzt, würde er von der Landespolizei wegen dem Verdacht einer möglichen Beitragstäterschaft in Bezug auf Paragraph 283 des Strafgesetzbuches – Verbreitung rassendiskriminierenden Gedankenguts – bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Inwieweit verfolgt die Landespolizei die Aktivitäten der Europäischen Aktion: Haben Sie neue Kenntnisse über die Aktivitäten und Mitgliederzahlen?

Die Landespolizei verfolgt die Aktivitäten der Europäischen Aktion in unserem Land permanent. Es bestehen auch Kontakte zu ausländischen Sicherheitsbehörden, sodass wir über die internationalen Kontakte und grenzüberschreitenden Aktivitäten der Europäischen Aktion ebenfalls sehr gut im Bilde sind.

Seit Jahren spricht die Landespolizei von einem «harten Kern» der rechten Szene von etwa 25 Personen. Welche Erkenntnisse hat die Landespolizei darüber, in welchem Zusammenhang dieser «harte Kern» mit der Europäischen Aktion steht?

Es ist so, dass aktuell die rechte Szene in Liechtenstein vor allem von der Europäischen Aktion geprägt wird. Bei der EA gruppieren sich um einen stark ideologisierten Kern von sechs bis sieben Personen gegen 15 bis 20 Sympathisanten. Bei diesem harten Kern handelt es sich um der Landespolizei bekannte Rechtsextreme, die offensichtlich seit einiger Zeit bei der EA eine neue ‹ideologische Heimat› gefunden haben. Insofern stimmt diese Zahl nach wie vor.

Die Europäische Aktion behauptet im Internet, im Rahmen einer Ballonaktion über die Aktivitäten der Landespolizei informiert gewesen zu sein. Dies liesse den Schluss zu, dass das angeblich abhörsichere Funksystem doch nicht sicher ist, oder aber, dass die «sichere Informationsquelle» aus Polizeikreisen stammt. Ist die Landespolizei diesem dem je nachgegangen?

Diese Behauptung auf der Internetseite der Europäischen Aktion ist der Landespolizei bereits seit Februar 2013 bekannt. Ich persönlich zweifle jedoch den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung stark an. Denn die Landespolizei hat schon vor einigen Jahren auf ein digitales Funksystem gewechselt, das abhörsicher ist. Nichtsdestotrotz haben wir im Februar unverzüglich Ermittlungen eingeleitet, um abzuklären, ob anderweitig Informationen aus der Landespolizei an die Europäische Aktion gelangt sein könnten. Die Ermittlungen ergaben jedoch keine Hinweise. Der Sachverhalt ist im März schliesslich der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht worden.

ANHANG 2: Online-Dokumente

Anhang zu
Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2013

Dokumente von Online-Diensten

Berichte

Meldungen

Foren

Vaterland online, 25. Februar 2013:

Monitoringbericht zum Rechtsextremismus



Präsentierte den Monitoringbericht zum Rechtsextremismus in Liechtenstein: Regierungsrat Hugo Quaderer. Bild Archiv

Regierungsrat Hugo Quaderer stellte mit Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein Instituts, und Jules Hoch, Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, den Monitoringbericht zum Rechtsextremismus der Öffentlichkeit vor. Wie bereits 2011 mussten letztes Jahr keine Vorfälle registriert werden, die rechtsextremen Kreisen zuzuschreiben waren.

Vaduz – Die Regierung wertet diesen Umstand auch als Erfolg der Politik der letzten Jahre. Für die Regierung hatte die Bekämpfung rechter Gewalt und fremdenfeindlicher Ideologien in den letzten vier Jahren eine hohe Priorität. Der Monitoringbericht macht deutlich, dass es in Liechtenstein nach wie vor eine sehr aktive rechte Szene gibt. Zahlreiche Aktionen der Europäischen Aktion und der Volkstreuen Jugend Liechtenstein im vergangenen Jahr sind dokumentiert. Für die Regierung stellen die Aktivitäten dieser Gruppierungen eine sehr unerfreuliche Entwicklung dar. Ziel der Regierungspolitik ist und war eine offene Gesellschaft, in der Diskriminierung und Ausgrenzung – sei es aufgrund der Rasse, des Geschlechts oder der Ethnie – keinen Platz haben. Der Monitoringbericht zeigt auf, dass die Bemühungen zur Eindämmung des Phänomens Rechtsextremismus bzw. rechter Gewalt in Liechtenstein auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden müssen. (pd)

[Im Internet: http://www.vaterland.li/index.cfm?source=lv&id=22228. Zugriff: 13. Februar 2014]

Volksblatt Online, 25. Februar 2013:

Rechtsextreme Szene in Liechtenstein sehr aktiv

VADUZ - Regierungsrat Hugo Quaderer stellte zusammen mit dem Direktor des Liechtenstein Instituts, Wilfried Marxer, und dem Vorsitzenden der Gewaltschutzkommission, Jules Hoch, den 3. Monitoringbericht 2012 - Rechtsextremismus in Liechtenstein der Öffentlichkeit vor. Wie bereits im Jahr 2011 mussten auch im letzten Jahr keine Gewaltvorfälle registriert werden, die rechtsextremen Kreisen zuzuschreiben waren.



Die Regierung wertet diesen Umstand auch als Erfolg der Politik der letzten Jahre. Für die Regierung hatte die Bekämpfung rechter Gewalt und fremdenfeindlicher Ideologien in den letzten vier Jahren eine hohe Priorität.

Rechte Szene nach wie vor aktiv

Der Monitoringbericht macht deutlich, dass es in unserem Land nach wie vor eine sehr aktive rechte Szene gibt. Zahlreiche Aktionen der Europäischen Aktion und der Volkstreuen Jugend Liechtenstein im vergangenen Jahr sind dokumentiert. Für die Regierung stellen die Aktivitäten dieser Gruppierungen eine sehr unerfreuliche Entwicklung dar. Ziel der Regierungspolitik ist und war eine offene Gesellschaft, in der Diskriminierung und Ausgrenzung – sei es aufgrund der Rasse, des Geschlechts oder der Ethnie - keinen Platz haben. Der Monitoringbericht zeigt auf, dass die Bemühungen zur Eindämmung des Phänomens Rechtsextremismus bzw. rechter Gewalt in Liechtenstein auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden müssen.

Anlaufstelle für Rechtsextremismus Teil des Massnahmenkatalogs

Die Regierung hat gestützt auf die Studie zum Rechtsextremismus in Liechtenstein, die im Herbst 2009 von der Fachhochschule Nordwestschweiz vorgelegt wurde, 2010 einen Massnahmenkatalog verabschiedet, der neben repressiven Massnahmen auch eine Sensibilisierungskampagne mit dem Titel "Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt" und mehrere zielgruppenorientierte Veranstaltungen vorsieht. Teil des Massnahmenkatalogs ist die Schaffung einer Anlaufstelle für von Rechtsextremismus Betroffene. Personen, die vom Phänomen Rechtsextremismus betroffen sind, sollen mit ihren Sorgen nicht allein gelassen werden, sondern bei einer kompetenten Stelle, nämlich der Fachgruppe Rechtsextremismus, konstruktive und schnelle Unterstützung erhalten. Die Fachgruppe Rechtsextremismus steht Personen, die in irgendeiner Form mit dem Phänomen Rechtsextremismus konfrontiert sind - sei es als Arbeitgeber, Lehrer oder Angehörige - als niederschwellige Anlauf- und Beratungsstelle zur Verfügung.
Neu und damit top aktuell kann auf der Homepage der Gewaltschutzkommission (www.respect-bitte.li) ein Informationsblatt für Betroffene eingesehen und heruntergeladen werden.
Der Monitoringbericht 2012 kann auf folgenden Seiten heruntergeladen werden:

www.respect-bitte.li

www.landespolizei.li

www.liechtenstein-institut.li

[Im Internet http://www.volksblatt.li/nachricht.aspx?p1=fl&id=51252&src=vb. Zugriff: 13. Februar 2014]

www.stoppdierechten.at, 27. Februar 2013:



news | media | papers | links

Liechtenstein: Aktive rechte Szene

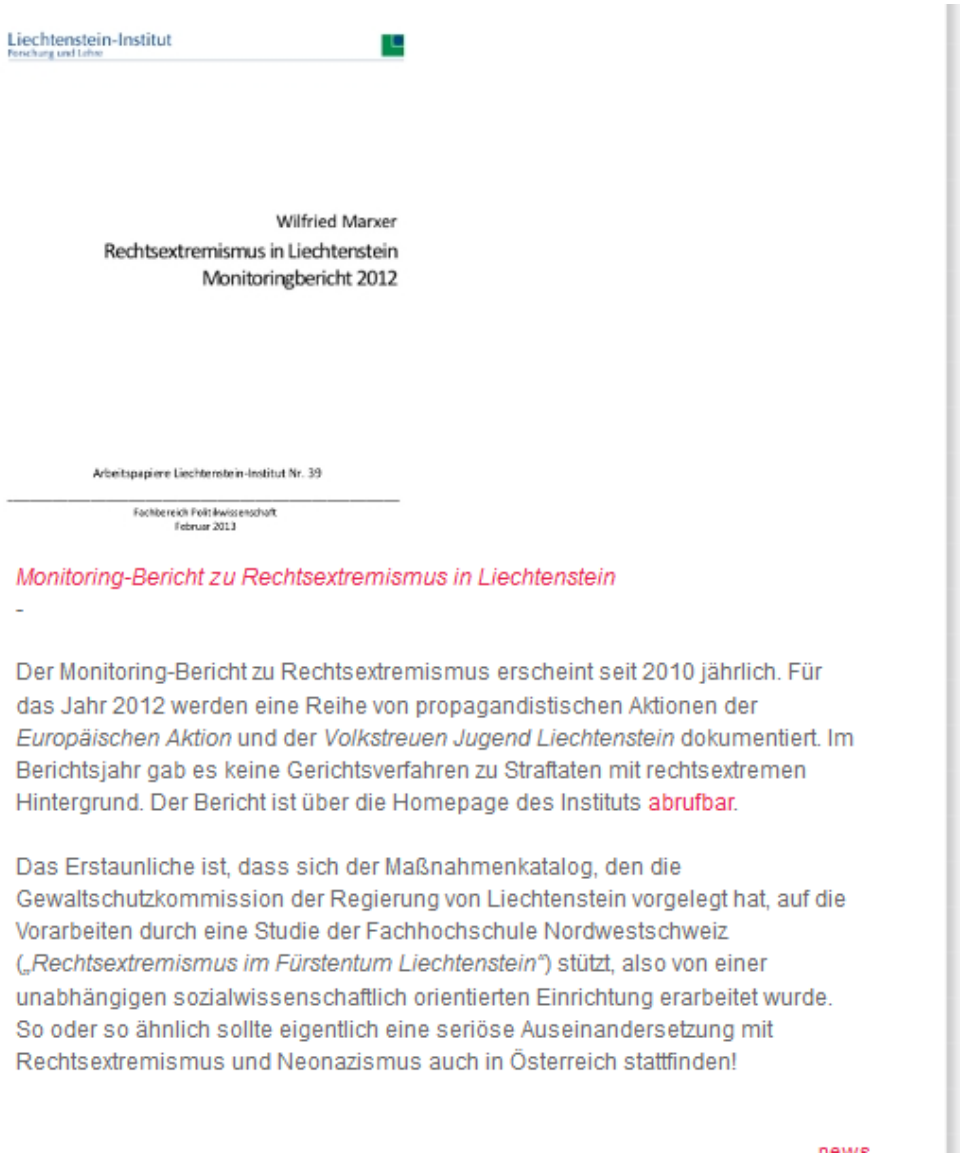
27. February 2013

Gefällt mi | +1 0 | Tweet 0

Das Fürstentum Liechtenstein hat etwas, was Österreich nicht hat: einen Rechtsextremismus-Bericht! Im Rahmen eines Maßnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus wird bis 2015 jährlich ein solcher Bericht vorgelegt. Obwohl für 2012 keine Gewaltvorfälle von Rechtsextremen dokumentiert sind, spricht der Bericht von einer sehr aktiven rechten Szene.

Der Rechtsextremismus-Bericht für Liechtenstein wird von der Forschungseinrichtung Liechtenstein-Institut und nicht von einer Polizeieinheit erstellt. Auftraggeber des Berichts ist die Gewaltschutzkommission der Regierung. 2010 wurde ein Maßnahmenkatalog verabschiedet, der neben polizeilichen Maßnahmen auch eine Sensibilisierungskampagne gegen Rechtsextremismus vorsieht:

„Teil des Maßnahmenkatalogs ist die Schaffung einer Anlaufstelle für von Rechtsextremismus Betroffene. Personen, die vom Phänomen Rechtsextremismus betroffen sind, sollen bei der Fachgruppe Rechtsextremismus konstruktive und schnelle Unterstützung erhalten. Die Fachgruppe steht Personen, die in irgendeiner Form mit dem Phänomen Rechtsextremismus konfrontiert sind, als niederschwellige Anlauf- und Beratungsstelle zur Verfügung".



Liechtenstein-Institut
Forschung und Lehre

Wilfried Marxer
Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2012

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 39

Fachbereich Politikwissenschaft
Februar 2013

Monitoring-Bericht zu Rechtsextremismus in Liechtenstein

-

Der Monitoring-Bericht zu Rechtsextremismus erscheint seit 2010 jährlich. Für das Jahr 2012 werden eine Reihe von propagandistischen Aktionen der *Europäischen Aktion* und der *Volkstreuen Jugend Liechtenstein* dokumentiert. Im Berichtsjahr gab es keine Gerichtsverfahren zu Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund. Der Bericht ist über die Homepage des Instituts abrufbar.

Das Erstaunliche ist, dass sich der Maßnahmenkatalog, den die Gewaltschutzkommission der Regierung von Liechtenstein vorgelegt hat, auf die Vorarbeiten durch eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz („*Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein*") stützt, also von einer unabhängigen sozialwissenschaftlich orientierten Einrichtung erarbeitet wurde. So oder so ähnlich sollte eigentlich eine seriöse Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Neonazismus auch in Österreich stattfinden!

[Im Internet http://www.stopptdierechten.at/2013/02/27/liechtenstein-aktive-rechte-szene/. Zugriff: 13. Februar 2014]

ANHANG 3: Kampagne, Behörden, Statements

Anhang zu
Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2013

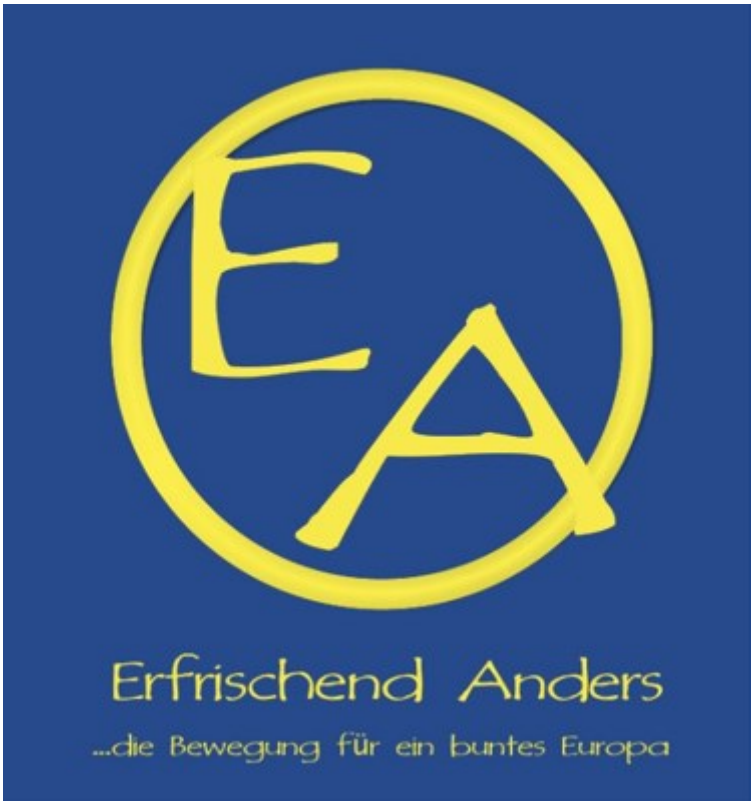
Kampagnen, Behörden, Statements

Kampagnendokumentation

Behördenmeldungen

Interessenvertretungen

Abgewandeltes Erkennungszeichen der Europäischen Aktion als Parodie (im Internet Ende 2012/Anfang 2013 kursierend):



Flyer der Gewaltschutzkommission gegen Gewalt auf Handy und Computer (ohne Datum):



Sag «NEIN» zu Gewalt auf Handy und Computer

Eine Kampagne der Gewaltschutzkommission der Regierung

GESETZ IM NETZ

Spielkonsole, Handy, PC und Internet – die virtuelle Welt scheint grenzenlos. Und dennoch gelten auch dort Gesetze. **So sind der Besitz, der Download, die Verbreitung und Darstellungen von verbotener Pornographie strafbar.** Dazu gehören **Bilder, Clips, Spiele, Comics, Cartoons und gespielte Szenen,** in denen

- nackte Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sexuell aufreizend posieren.
- Kinder bei sexuellen Handlungen mit Erwachsenen oder Jugendlichen gezeigt werden.
- sexuelle Handlungen mit körperlicher Gewalt verbunden sind.
- sexuelle Handlungen zwischen Menschen und Tieren dargestellt werden.

Internet und Computer sind also keine rechtsfreien Räume. Die Polizei ist auch dort präsent und verfolgt strafbare Handlungen. Sie zieht Handys, PCs, Spielkonsolen und andere Datenträger bei Missbrauch ein.

STRAFBAR MACHT SICH,

- wer dir sexuelle Darstellungen und Gewaltakte per E-Mail, MMS, auf CD, DVD oder auf sonstigen Wegen zustellt.
- wer diese Aufnahmen auf seinem Gerät belässt, anderen Kindern oder Jugendlichen zeigt, zustellt oder im Filesharing austauscht.
- wer verbotene Szenen fotografiert, mit dem Handy oder anderen Aufnahme- und Speichergeräten aufnimmt, ins Internet stellt oder vom Internet herunterlädt.

Distanziere dich von solchen Verhaltensweisen und beziehe Position gegen strafbare Handlungen. Zeige Zivilcourage und stelle dich helfend hinter ein Opfer. Wenn du von solchen Dingen erfährst, sprich mit Lehrpersonen, Schulsozialarbeitern, Eltern oder der Polizei darüber. Sie wissen Rat und können dir helfen.

HANDY-REGELN

Das Handy ist ein nützliches Gerät und eine Chance für junge Menschen, mit Kollegen in Kontakt zu sein, sich Wissen anzueignen, Informationen herunterzuladen, Musik zu hören und vieles mehr. Leider hat das Handy aber auch seine Schattenseiten. Kinder und Jugendliche werden durch sexuelle Anmache belästigt oder es wird gar verbotenes pornografisches Material hergestellt. Gratisdienste und vermeintlich günstige Downloads werden zur Schuldenfalle.

Darum geh verantwortungsvoll mit deinem Handy um und halte dich in- und ausserhalb der Schule an die Handy-Regeln. Denn bei Missbrauch in der Schule kann die Lehrperson dein Handy wegnehmen und der Polizei übergeben.

HANDY-REGELN

- **Versende nur Nachrichten, die auch du erhalten möchtest.**
- **Mache nur Fotos und Filme, die andere auch von dir machen dürfen. und respektiere die Privatsphäre des anderen.**
- **Lade nur legales Material herunter.**
- **Schalte dein Handy während des Schulunterrichts aus.**
- **Halte dich an die Regeln der Hausordnung.**

www.respect-bitte.li

ANHANG 4: Dokumente aus der Szene

Anhang zu
Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2013

Dokumente aus der Szene

Öffentliche Aktionen

Flugblätter

Internetplattformen

Weitere Ziele der EUROPÄISCHEN AKTION

ZIEL 1: WIEDERHERSTELLUNG DER FREIEN REDE

ZIEL 2: ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN

ZIEL 3: REPATRIIERUNG AUSSEREUROPÄISCHER EINWANDERER

ZIEL 4: STAATLICHE SELBSTBESTIMMUNG FÜR DIE DEUTSCHEN DER BRD UND DER BRÖ

ZIEL 6: ÜBERFÜHRUNG DES GELD- UND MEDIENWESENS INS VOLKSEIGENTUM

ZIEL 7: WIEDERAUFBAU DER TRADITION – KAMPF DER DEKADENZ UND NATURZERSTÖRUNG

www.EUROPAEISCHE-AKTION.org

INFORMATIONEN
VFB Europäische Aktion
CH-8910 Affoltern
zentrale@europaeische-aktion.org
liechtenstein@europaeische-aktion.org
+41 78 790 44 91

SPENDEN
Verein zur Förderung der Bewegung „Europäische Aktion"
Postkonto: 85-487042-3
Verw. Zweck.: FL
IBAN: CH 72 0900 0000 8548 7042 3
BIC: POFICHBE

SCHULUNGSMATERIAL
Ghibellinum-Verlag
Bernhard Schaub
Postfach 44 - CH-8264 Eschenz
bestellung@europaeische-aktion.org

Europäische Aktion

Die Bewegung für ein freies Europa

ZIEL 5
SCHAFFUNG EINER EUROPÄISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT

Der europäische Friedensvertrag ermöglicht die Ablösung von EU und NATO durch ein europäisches Bündnis mit gemeinsamer Aussen- und Verteidigungspolitik bei weitestgehender Freiheit der Mitgliedsländer in der Innen-, Kultur-, Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus streben wir eine enge Zusammenarbeit mit Russland an.

Erläuterungen zum Ziel 5:
SCHAFFUNG EINER EUROPÄISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT

Wenn man heute den Medien, den Wissenschaften oder den politischen Parteien Glauben schenken soll, bestehen für Staaten und Völker nur zwei Optionen, um ihr Bestehen zu garantieren. Einerseits die völlige Autonomie unter dem Nationalstaatsgedanken, andererseits die Mitgliedschaft in internationalen Bündnissen unter der Aufgabe der eigenen Souveränität.

Wie so oft im Leben liegt die Wahrheit aber in der Mitte der beiden Pole. Dieser von der EUROPÄISCHEN AKTION (EA) verfolgte „Dritte Weg" fordert die Umkehrung der Logik der Europäischen Union sowie der NATO:

- Statt einer zunehmenden Bevormundung der Mitglieder in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen nach innen fordern wir grösstmögliche Freiheiten und die Selbstständigkeit der einzelnen Nationen.
- Statt einer militärischen und verteidungspolitischen Impotenz unter der Knute der NATO muss Europa nach aussen wieder mit einer Stimme sprechen und wenn nötig mit einer Faust schlagen können.

Nun mag man sich fragen, wie dieser Dritte Weg realpolitisch verwirklicht werden soll und ob dieser überhaupt erfolgreich sein kann. Ein Blick über den Rhein beantwortet beide Fragen.

Die Eidgenossenschaft nach Schweizer Vorbild kann auf ganz Europa angewendet werden, man muss das Rad nicht neu erfinden. Die Geschichte der Schweiz hat deutlich gezeigt, wie man innere Verschiedenheit und Spannungen in sprachlicher, politischer und kultureller Hinsicht ordnen und gedeihen lassen kann, während man durch ein gemeinsames Schutz- und Trutzbündnis nach aussen gegen schier übermächtig scheinende Gefahren und Gegner bestehen kann. Auch heute noch gilt die Schweizer Eidgenossenschaft mit ihren Prinzipien der Subsidiarität und dem Föderalismus als Vor- und Idealbild in der Welt.

Die Notwendigkeit, diesen Schritt der Neuordnung Europas anzugehen, muss angesichts der zerstörerischen Entwicklungen wie Überschuldung, Rezession, steigender Kriminalität und politischer Visionslosigkeit kaum noch erläutert werden. Der Herausforderung, beiden Lagern das Scheitern ihrer Idee vor Augen zu führen und die Alternative der Europäischen Eidgenossenschaft aufzuzeigen, kann und wird sich die EA stellen.

Auch das Fürstentum Liechtenstein muss die Realität akzeptieren und sich an die erfolgreiche Geschichte innerhalb von Bündnissen wie dem Rheinbund und dem Deutschen Bund erinnern. Wenn wir als kleines Land auch weiterhin in Europa bestehen wollen, müssen wir uns aktiv an der Gestaltung der Europäischen Eidgenossenschaft beteiligen, um so konstruktiv an deren Aufbau mitwirken zu können. Nur so behalten wir unsere Eigenständigkeit und Eigenheit, welche uns in der Vergangenheit so erfolgreich gemacht hat und weiterhin machen wird.

Die Europäische Eidgenossenschaft ist der Garant für die Zukunft Europas, wenn wir als Europäer und Liechtensteiner überleben wollen: Ein Bündnis aller europäischen Staaten mit gemeinsamer Aussen- und Verteidigungspolitik. Jedes Volk behält in diesem Europa seine innerstaatliche und kulturelle Eigenständigkeit.

Wenn wir die Grundlagen für diese Zukunft nicht jetzt schon schaffen, werden wir in wenigen Jahren unter dem Druck der Globalisierung zusammenbrechen. Ein Staat nach dem anderen wird entmündigt, ein Volk nach dem anderen wird im eigenen Haus zur Minderheit, und jeder Europäer und jede Europäerin wird zum Marktteilnehmer, zum Konsumenten degradiert. Europa als Ganzes wird im Spiel der momentanen Grossmächte wie Amerika, Russland und China sowie den aufsteigenden Mächten in Asien und im islamischen Raum zum Spielball des globalen Machtspiels. Dies gilt es zu verhindern, indem wir selbst als starker Mitspieler in Erscheinung treten und unser aller Schicksal selbst bestimmen.

Lasst uns deshalb Teil der gesamteuropäischen Erhebung gegen die Unterdrücker von Freiheit und Selbstbestimmung werden.

EUROPA auf!

Weitere Ziele der EUROPÄISCHEN AKTION

ZIEL 1: WIEDERHERSTELLUNG DER FREIEN REDE

ZIEL 2: ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN

ZIEL 3: REPATRIIERUNG AUSSEREUROPÄISCHER EINWANDERER

ZIEL 4: STAATLICHE SELBSTBESTIMMUNG FÜR DIE DEUTSCHEN DER BRD UND DER BRÖ

ZIEL 5: SCHAFFUNG EINER EUROPÄISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT

ZIEL 7: WIEDERAUFBAU DER TRADITION – KAMPF DER DEKADENZ UND NATURZERSTÖRUNG

www.EUROPAEISCHE-AKTION.org

INFORMATIONEN
VFB Europäische Aktion
CH-8910 Affoltern
zentrale@europaeische-aktion.org
liechtenstein@europaeische-aktion.org
+41 78 790 44 91

SPENDEN
Verein zur Förderung der Bewegung
„Europäische Aktion"
Postkonto: 85-487042-3
Verw. Zweck.: FL
IBAN: CH 72 0900 0000 8548 7042 3
BIC: POFICHBE

SCHULUNGSMATERIAL
Ghibellinum-Verlag
Bernhard Schaub
Postfach 44 - CH-8264 Eschenz
bestellung@europaeische-aktion.org

Europäische Aktion

Die Bewegung für ein freies Europa

ZIEL 6
ÜBERFÜHRUNG DES GELD- UND MEDIENWESENS INS VOLKSEIGENTUM

1.) Wir wollen, dass Notenbanken künftig nicht nur theoretisch, sondern tatsächlich von den Staatsorganen geleitet werden. 2.) Der Staat soll der privaten Zinsnahme den Rechtsschutz entziehen. 3.) Das Recht zum Betreiben von Geschäftsbanken sollen nur die anerkannten Körperschaften von Staat, Wirtschaft und Kultur haben. 4.) Auch die Medien dürfen allein von diesen eindeutig zu identifizierenden und verantwortlichen Körperschaften herausgegeben werden. Nur so ist ihre Freiheit und Vielfalt möglich.

Erläuterungen zum Ziel 6:
ÜBERFÜHRUNG DES GELD- UND MEDIENWESENS INS VOLKSEIGENTUM

Geld regiert die Welt – eines der wohl bekanntesten und gleichzeitig am meisten unterschätzten Sprichworte. Zwar weiss jeder, dass man mit Geld alles kaufen kann. Auch hat jeder gelernt, dass früher der Adel mit dem Geld über die Leibeigenen geherrscht hat. Doch keiner wagt zu sagen, wer heute in welcher Weise mittels Geld Macht ausübt.

Diejenigen, welche heutzutage das Geldmonopol innehaben, haben gelernt, dies nicht mehr offen zu zeigen. Sie haben erkannt, dass man durch Verschleierung der Machtinstrumente nicht mehr angegriffen wird. Aus diesem Grund werden hier die vier Machtinstrumente und deren Zusammenspiel offengelegt. Sobald die Mechanismen verstanden werden, können die notwendigen Lösungen abgeleitet und angewendet werden.

1) Das Monopol der Geldschöpfung durch "National"banken
Die sogenannten Nationalbanken haben es geschafft, in der Wahrnehmung des Volkes als staatliche Einrichtung zu erscheinen. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber um private Institutionen, welche gegen eine Gebühr – den Zins – Geld an Staaten verleihen. Durch den Zins und Zinseszins wachsen die Staatsschulden aber schliesslich ins Unermessliche. Der Staat wird dadurch zu einem schlichten Inkassobüro reduziert, welches mittels Steuern das Geld der Bürger für die Privatbank und die dahinter stehenden Besitzer – schon jetzt reiche Privatpersonen – eintreibt.

Lösung: Aus diesem Schuldenkreislauf können wir nur ausbrechen, indem wir die Nationalbanken wieder in den Volksbesitz überführen. Die Geldschöpfung und -steuerung muss wieder vom Staat kontrolliert werden.

2) Zinsmechanismus zur Umverteilung der Vermögen
Durch die private Zinsnahme werden Vermögende immer reicher und Schuldner immer ärmer. Die Schuldner müssen das aus harter Arbeit erzielte Einkommen Stück für Stück abgeben, wodurch die Kreditgeber ohne Arbeit Einkommen erzielen und Vermögen anhäufen können.

Gleichzeitig führt der Zins zu einem immer schneller werdenden Geldmengenwachstum, das in keinem Verhältnis zum Wirtschaftswachstum steht. Das Resultat sind Inflation und Krisen, wie sie sich heute anbahnen.

Lösung: Dieser Entwicklung muss im Hinblick auf den sozialen Frieden durch das Verbot der privaten Zinsnahme Einhalt geboten werden.

3) Kreditvergabe zur Übernahme von Haus und Boden
Die privaten Banken können durch das Geldmonopol und den Zinsmechanismus mittels Hypotheken immense Gewinne erzielen. Sobald der Schuldner die Lasten aber nicht mehr tragen kann, übernimmt die Bank die Sicherheit, sprich den Boden. Diese hinterlistige Übernahme von Haus und Boden bildet die letzte Phase der Enteignung des Volkes.

Lösung: Das jetzige Hypothekarwesen gehört durch eine Bodenrente abgelöst. Diese Rente wird anstatt an Banken an den Staat abgegeben, während Haus und Boden im Privatbesitz verbleiben. Steuererleichterungen dank den Zusatzeinnahmen aus der Bodenrente sind die logische Folge.

4) Meinungsmonopol durch Privatbesitz der wichtigsten Medien
Die augenscheinliche Medienvielfalt verblasst, wenn man sich mit den Besitzverhältnissen auseinander setzt. Ein Grossteil der Medien ist in Privatbesitz weniger. Die verbleibenden Medien können dem Profit- und Aktualitätsdruck nur standhalten, indem sie sich der gleichen Quellen, meist Depeschenagenturen wie sda, dpa, etc. bedienen. Eigene, unabhängige Recherchen und Qualitätsjournalismus bleiben dabei auf der Strecke.

Lösung: Über die Medien müssen allein die Stände, Körperschaften, Kammern und staatlichen Einrichtungen des Volkes verfügen, wobei selbstverständlich weiterhin die Möglichkeit besteht, sich auch durch ausländische Medien zu unterrichten.

Erst durch das Zusammenspiel dieser Mechanismen ist es den international agierenden Kapitalisten möglich, Einfluss auf Staaten und Regierungen zu nehmen. Deshalb gilt es heute mehr denn je, durch die Offenlegung dieser Elemente der Herrschaft des Geldes ein Ende zu setzen und die wahre Freiheit des Volkes wieder herzustellen.

Europäische Aktion: Flugblatt in verschiedenen Gemeinden in Briefkästen verteilt, September 2013

Weitere Ziele der Europäischen Aktion

Ziel 1: Wiederherstellung der freien Rede

Ziel 2: Abzug aller fremden Truppen

Ziel 3: Repatriierung aussereuropäischer Einwanderer

Ziel 4: Staatliche Selbstbestimmung für die Deutschen der BRD und der BRÖ

Ziel 5: Schaffung einer europäischen Eidgenossenschaft

Ziel 6: Überführung des Geld- und Medienwesens ins Volkseigentum

www.EUROPAEISCHE-AKTION.org

Informationen
VFB Europäische Aktion
CH-8910 Affoltern
zentrale@europaeische-aktion.org
liechtenstein@europaeische-aktion.org
+41 78 790 44 91

Spenden
Verein zur Förderung der Bewegung „Europäische Aktion"
Postkonto: 85-487042-3
Verw. Zweck.: FL
IBAN: CH 72 0900 0000 8548 7042 3
BIC: POFICHBE

Schulungsmaterial
Ghibellinum-Verlag
Bernhard Schaub
Postfach 44 - CH-8264 Eschenz
bestellung@europaeische-aktion.org

Europäische Aktion

Die Bewegung für ein freies Europa

Ziel 7
Wiederaufbau der Tradition – Kampf der Dekadenz und Naturzerstörung

Schluss mit der Kulturzersetzung. Die europäischen Traditionsstränge müssen wieder aufgenommen und weiterentwickelt werden. Besonderen Wert legen wir auf die Gesundheit von Jugend und Familie, den Naturschutz, die biologische Landwirtschaft (samt dezentraler Saatguterzeugung) und die organischen, naturgemäßen Entwicklungen in Heilkunst, Verkehr, Kommunikation und Energiegewinnung.

Erläuterungen zum Ziel 7: Wiederaufbau der Tradition – Kampf der Dekadenz und Naturzerstörung

Der momentane Tiefpunkt unserer Kultur ist einerseits Ausdruck der zerstörerischen Entwicklung der in den anderen sechs Zielen umrissenen Problemfelder und andererseits das Resultat der direkten Angriffe auf unsere Tradition und Kultur an sich. Wer diese Feststellung nicht teilt, kann sich gerne selbst ein Bild über den Grad der Dekadenz und Perversion in unserer Gesellschaft machen, indem er sich einen ganzen Tag lang das Massenprogramm der Deutschen Privatfernsehanstalten zu Gemüte führt. Aus diesem Grunde müssen wir auf allen gesellschaftlichen Stufen ansetzen – vom Einzelnen bis hin zur staatlichen Ordnung des ganzen Volkes.

Jeder Einzelne und jede Einzelne muss sich seiner Stellung und den damit einhergehenden Rechten, mehr aber noch Pflichten, bewusst werden. Es muss Abschied genommen werden von den Nachwirkungen der Französischen Revolution mit ihren Versprechungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Denn jedem kommen den Leistungen und Fähigkeiten entsprechende Aufgaben und Rechte zu. Niemand verdient nur durch die Geburt und das Mensch sein an sich bestimmte Vorzüge. Erst durch diese organische Gliederung und Ordnung kann aus vielen Einzelnen ein funktionierendes Ganzes werden, ähnlich dem Ökosystem Wald.

Auf der nächsten Stufe folgt die wichtigste soziale Einheit, die Familie. Sie bildet die Keimzelle des Volkes. An ihr lässt sich der Entwicklungsstand einer Gesellschaft am besten ablesen. Die Zerrüttung der Institution Ehe, die hohe Scheidungsrate, die perverse neue Vorstellung von Familien unter Gleichgeschlechtlichen sowie die Unterordnung der Familien unter wirtschaftliche Anforderungen sind heute selbstverständlich. Das klassische, funktionierende und der Natur entsprechende Konzept der Familien wird bewusst verneint und dämonisiert. Diesen Entwicklung muss Einhalt geboten und das alte Ideal wieder zum Standard erklärt werden. Nur so kann im Kleinen gedeihen, was im Grossen werden soll.

Auf der Ebene des Volkes gilt es in zwei Bereichen gleichzeitig Änderungen vorzunehmen. Einerseits müssen die moralischen und ethischen Massstäbe korrigiert werden, andererseits muss die Strukturierung bzw. die Organisation innerhalb des Staates geändert werden.

Die moralische und ethische Werteverschiebung der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass wir – auch in Liechtenstein – dem Ideal des zerstörerischen Materialismus nachhetzen. Die einseitige Orientierung auf Konsum und materiellen Überfluss führt zu einem geistigen Notstand innerhalb des Volkes und gefährdet dessen Überlebenschance in erheblichem Masse. Um die angestrebte Weiter- und Höherentwicklung des Volkes zu gewährleisten, bedarf es deshalb der Wiedererkennung der eigenen Identität und der daraus resultierenden Kulturschöpfung.

Neben dieser inneren Veränderung und Neuorientierung muss eine äussere erfolgen. Das Volk bzw. der Staat muss in selbständige und einander gleichwertig gegenüberstehenden Körperschaften gegliedert werden. Beispiele dieser Körperschaften sind die Wirtschaftskammer, Kulturkammer und Landwirtschaftskammer. Dem Primat der Wirtschaft, wie wir ihn heute vorfinden, muss Einhalt geboten werden. Dem Glauben, dass ständiges Wirtschaftswachstum – dem es alles andere unterzuordnen gilt – der neue Heilsbringer und Garant für das Wohl des Volkes sei, muss abgeschworen werden. Die jüngste Zeit hat deutlich bewiesen, dass dieses Modell auf Kosten der Gesundheit – sowohl der Menschen als auch des Planeten – geht und wir uns weder geistig noch kulturell weiterentwickeln konnten.

Indem wir nun die Arbeit auf allen Stufen angehen und die notwendigen Veränderungen in die Wege leiten, können wir als Volk – einem unter vielen im kommenden Europa – unser Fortbestehen nachhaltig sichern und gleichzeitig den Pfad der Weiterentwicklung beschreiten. Scheuen wir diesen Schritt, werden wir als Individuum wie auch als Volk untergehen. Lasst uns dies gemeinsam verhindern. Das schulden wir sowohl unseren Ahnen als auch den kommenden Generationen. Die Ziele sind klar, schreiten wir zur Tat.

EUROPA AUF!

Jahresrückblick 2013 der VJFL

Administrator / 31. Dezember 2013



Werte Leserschaft

Vor rund 6 Monaten wurde der letzte Bericht auf der Weltnetzseite der VJFL publiziert, was einem wahrlich langen Zeitraum entspricht. Ein Zeitraum, der für die Volkstreue Jugend – ohne sich selbst etwas in die eigenen Taschen zu lügen – eine regelrechte Durststrecke bedeutete. Um allfällig kritischen Stimmen vorweg den Wind aus den Segeln zu nehmen, möchten wir hierzu eine kurze Erklärung abgeben.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass ein nicht geringer Personenkreis zwischenzeitlich zur Überzeugung gelangt ist, die Volkstreue Jugend Liechtensteins hätte ihre Arbeit aus Gründen mangelnder Motivation, innerer Zerstrittenheit oder aus Furcht vor staatlichen Repressionsmassnahmen eingestellt. Selbstverständlich können die Gründe für eine zwischenzeitliche – oder im schlechtesten Falle nachhaltige – Beendigung der politischen Arbeit auch ganz anderer Natur sein, wie wir an einer anderen Stelle dieses Artikels noch sehen werden.

Die oben aufgeführten Gründe für den temporären Stillstand unseres Aktivismus können wir allesamt dementieren, einzig der Faktor Zeit hinderte uns an der fortlaufend inhaltlichen Bestückung unserer Weltnetzseite. Die Verantwortlichen hatten allesamt zeitaufwendige Arbeit in einem befreundeten, mit unserer Weltanschauung im Konsens stehenden Projekt zu verrichten. Mit Bedauern mussten wir in der zweiten Hälfte des zurückliegenden Jahres feststellen, dass die Intensität dieses Projekts unserer vollsten Zuwendung bedingt und das Überbleibsel an Zeitressourcen nicht ausreicht, um der Arbeit der Volkstreuen Jugend gewissenhaft und ohne Qualitätsminderung nachzukommen.

Wir handeln nicht aus rationellem Aspekt heraus, vielmehr ist der Schwerpunkt unserer Arbeit darauf ausgerichtet, einen qualifizierten und in hellem Kontrast zur Berichterstattung der Massenmedien stehenden Informationskanal zur Verfügung zu stellen. Der mit unserer Weltanschauung einhergehende Idealismus erlaubt keine stiefmütterlich behandelte Wissensübermittlung, vielmehr stehen wir in der Pflicht, die publizierten Schriftstücke stets aus selbstkritischem Blickwinkel heraus zu betrachten und um Verbesserung bemüht zu sein. Unser Dank gilt den wohlgesinnten wie auch feindselig ausgerichteten Lesern unserer Weltnetzseite, auch bedanken wir uns bei allen Unterstützern der VJFL und bitten um das notwendige Quäntchen Verständnis für das zwischenzeitliche Einstellen unseres Aktivismus.

Auch wenn die VJFL in der zweiten Hälfte des zu Ende gehenden Jahres gänzlich verstummte, so haben auch wir das Weltgeschehen in und um Europa mit grösstem Interesse verfolgt und möchten nun in Form eines kleinen Jahresrückblicks jene Ereignisse aufgreifen, die unseren politischen Kampf tangieren. Wir möchten ausdrücklich exponieren, dass der nachfolgende Jahresrückblick keinen Anspruch auf Vollständigkeit besitzt und sich der inhaltliche Schwerpunkt gänzlich anders definiert als in den konventionell gestalteten Jahresrückblicken, wie sie aktuell in zahlreichen Fernsehkanälen ausgestrahlt werden.

Wir sehen uns als alternative Informationsplattform und möchten eine Grobzusammenstellung jener Ereignisse erstellen, die in der gleichgeschalteten Systempresse der westlichen Welt entweder verschwiegen, oder in Form einer gezielt demagogisch gestalteten Berichterstattung völlig verdreht und aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt werden. Das Ziel ist es, diesen aus unserer Sicht bedeutsamen Höhepunkten des letzten Jahres die Wahrnehmung der Menschen entgegenzubringen, um einerseits durch unsere Anregungen den Denkprozess in Gang zu setzen und andererseits Wissen zu vermitteln.

Zum allgemeinen Verständnis: Die Auflistung der Geschehnisse ist willkürlich gewählt und gibt nicht in aufsteigender Form die Reihenfolge des Zeitpunktes wieder, auch ist sie nicht nach Rang und Wichtigkeit, sondern lediglich kategorisch gegliedert.

Einleitend möchten wir die unzähligen Repressalien des Systems gegen volkstreue Kräfte erläutern. Auch wenn sich die Repressionsmassnahmen in verschiedenen Ländern Europas abspielen, so entspricht die Vorgehensweise der Staaten stets einem einheitlichen Muster, was sich ändert sind lediglich die Ziffern der Gesetzesparagraphen und deren Bezeichnung. Der für die Demokraten der westlichen Hemisphäre heilige und länderübergreifend gültige Rechtsgrundsatz lässt sich zusammenfassend wie folgt definieren: „Die Gesetze der demokratischen Staaten sind alle auf dem Fundament der europäischen Menschenrechtskonvention aufgebaut. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg wacht als oberste Instanz über die Einhaltung der Menschenrechte in den einzelnen Staaten. Die verbrieften Menschenrechte sind demnach für alle Staatsbürger geltend und die nationalen Gerichte haben sich in ihrer Rechtsprechung daran zu orientieren. In nahezu allen europäischen Staaten gibt es jedoch volkstreue und heimatverbundene Menschen, die – nach Auffassung der Demokraten – das Gemeinwohl und die Demokratie gefährden. Diese Menschen gilt es zu kriminalisieren, indem man ihren Interessenszusammenschluss als kriminelle Vereinigung stigmatisiert oder ihnen eine Wesensverwandschaft zum Nationalsozialismus nachsagt. Für diese Menschen sind fortan jegliche Menschenrechte ausser Kraft gesetzt.“ Zugegebenermassen, diese Worte wirken auf den ersten Blick sehr polemisch, wiederspiegeln jedoch die traurige Realität in unserem „aufgeklärten“ Europa. Besonders die folgenden drei Artikel der Menschenrechtserklärung werden im Zusammenhang mit der politischen Verfolgung volksbewusster Kräfte tagtäglich mit Füssen getreten:

Artikel 9: Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

Artikel 10: Recht auf Freiheit der Meinungsäusserung

Artikel 11: Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Nachfolgend einige Beispiele aus dem letzten Jahr, die das demokratische Defizit dieses Systems verdeutlichen. Besonders die beiden in ihrer staats- und völkerrechtlichen Existenz zu Recht in Abrede gestellten Länder, namentlich die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesrepublik Österreich scheinen sich die Unterdrückung politisch Andersdenkender zur Staatsräson gemacht zu haben. Besonders grotesk mutet die Vorgehensweise dieser Pseudo-Demokratien an, wenn man sich vor Augen führt, dass sich die Repräsentanten der BRD gerne selbst damit rühmen, in Form der Bundesrepublik die freiheitlichste und gerechteste Ordnung Deutschlands geschaffen zu haben.

So volksfeindlich sich die bundesdeutschen Republiken im Jahre 2012 gerierten, nach exakt dem gleichen Rechtsverständnis setzten sie ihre Arbeit im neuen Jahre fort. Die in der BRD 2012 eingesetzte Verbotskampagne, die als regelrechter Rundumschlag der Demokraten gegen alle volkstreuen Kräfte bezeichnet werden darf, wurde auch im neuen Jahr fortgesetzt. Besonders unrühmliche Bekanntheit erlangte dabei der noch immer anhaltende Mammuts-Prozess gegen das Aktionsbüro Mittelrhein. Bereits im März 2012 wurden im Zuge einer grossangelegten Polizeiaktion über zwanzig Mitstreiter des AB Mittelrhein verhaftet und im darauffolgenden August vor Gericht gezerrt. Ihnen werden u.A. die bereits eingangs erwähnte Bildung einer kriminellen Organisation sowie das Bestreben zur Errichtung eines Staates nach nationalsozialistischem Vorbild vorgeworfen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, über Einzelheiten des Prozesses zu berichten, der sich über einen Zeitraum von mittlerweile bald zwei Jahren erstreckt. Die anhaltende Inhaftierung der Kameraden ohne Urteilsspruch ist als geistige und physische Zermürbungstaktik des Systems zu interpretieren und befindet sich jenseits jeglicher gesunden Rechtsauffassung. Dieser Prozess verletzt offenkundig den Artikel 9 der Menschenrechtskonvention, wonach jedem das Recht auf Vereinigungsfreiheit zukommt und ist Ausdruck der frevelhaften Ethik bundesdeutscher Gerichte. Wir wünschen den noch immer inhaftierten Kameraden des AB Mittelrhein das notwendige Durchhaltevermögen und fordern ihre sofortige Freilassung.

Den Jahreswechsel 2012/2013 tangierte ein weiterer Gesinnungsprozess, der des österreichischen Freiheitskämpfers Gottfried Küssel und seiner Mitangeklagten. Die VJFL berichtete ausführlich:
http://logr.org/vjfl/2013/01/27/aus-aktuellem-anlass/

Im Zuge dieses Verfahrens wurden die Angeklagten vom Wiener Straflandesgericht zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, wobei Küssel als Hauptangeklagtem 9 Jahre aufgebrummt wurden. Der Leser dieser Zeilen ist geneigt zu glauben, hinter diesem Urteilsspruch verberge sich nun eine ungeheuerliche Straftat, doch weit gefehlt, ihr „Verbrechen" bestand einzig und allein in der Wahrnehmung des gesetzlich verankerten Rechts auf freie Meinungsäusserung.

Zurück in die Bundesrepublik Deutschland: Im Februar hat das sächsische Innenministerium die Gemeinschaft „Nationale Sozialisten Döbeln" verboten. Als höchst fragwürdiger Beweggrund für das Verbot wurde die bereits weiter oben zitierte „Wesensverwandschaft zum Nationalsozialismus" aufgeführt. Im darauffolgenden Monat März wurde der bereits Ende 2011 durch die bundesdeutsche (Un)-Rechtssprechung zu 30 Monaten Haft verurteilte Axel Möller zu weiteren 12 Monaten Systemkerker verurteilt. Der nach Auffassung des Demokratenregimes ausserhalb jeder Menschenwürde stehende Delinquent hatte 2011 wohl eine unzureichende Rechtsbelehrung erhalten. Den Axel Möller zur Last gelegten Straftatbestand hat auch in diesem Fall nicht das Geringste mit der konventionellen Auffassung eines Verbrechens gemein, sondern besteht einzig und allein darin, dass Axel Möller als Hauptverantwortlicher der alternativen Informationsplattform Altermedia Deutschland agierte. Doch wie schnell eine Meinungsäusserung zu einem Verbrechen hochstilisiert werden kann, kennen wir ja bereits aus mittelalterlichen Inquisitionsprozessen.

Entgegen den Erwartungen des Gerichtes, zeigten die beiden Skandalurteile keinerlei Wirkung bei Axel Möller, welcher ohne ein Wort der Reue seinen Standpunkt vor Gericht vertreten hat und im aktuellen Augenblick der Inhaftierung noch immer vertritt. Ein Mann wahrhaftiger Grösse, der unser aller Hochachtung verdient.

Doch nicht nur in deutschen Landen wird die volkstreue Opposition so diktatorisch unterdrückt. Die griechische Partei Chrisy Avgi (z. Dt. goldene Morgenröte) schaffte bei den griechischen Parlamentswahlen 2012 zu Recht erstmals den Einzug ins Parlament. Das von Korruptheit und Volksfeindlichkeit durchsetzte Parlament, welches die unermessliche Staatsverschuldung und den gegenwärtigen Niedergang der einstigen Kulturnation zu verantworten hat, sah sich erstmals einer volkstreuen Opposition entgegengestellt. Das Demokraten-Kartell war sich vollends bewusst, dass die goldene Morgenröte mit ihren Forderungen den Finger wortwörtlich auf die unzählig offenen Wunden des Systems drückte, somit die Herzen des Volkes berührte und folglich über ein aufsteigendes Wählerpotenzial verfügte. Eine vom Regime lancierte und durch die Systemmedien ausgeführte Hetzkampagne gegen die goldene Morgenröte setzte ein. Der nachfolgende Verlauf gestaltete sich nach altbewährtem, demokratischem Muster: Die Behörden sahen sich auf Grund der fortwährenden, medialen Kriminalisierung der Partei dazu angehalten, die Parteispitze ohne jegliche Legitimation kurzum zu inhaftieren. Der Vorwurf auch hier: Bildung einer kriminellen Vereinigung! Den traurigen Höhepunkt bildete die Ermordung zwei junger Kameraden vor dem Parteibüro in Athen. Aufgewiegelt zu diesem Mord wurden die verantwortlichen Täter durch die mediale Diffamierung der Partei.

Die VJFL positioniert sich ausdrücklich hinter der juristischen Verfolgung Schwerkrimineller, doch sind diese nicht in den Reihen der volkstreuen Opposition auszumachen, sondern bewegen sich im Spektrum der gegenwärtigen Regierungen und ihren Gehilfen.

Das Jahr 2013 wurde zudem überschattet durch den Tod des letzten Kriegsgefangenen Europas, Erich Priebke. Erich Priebke war gelernter Hotelfachmann und vor Ausbruch des Krieges in verschiedenen Ländern Europas berufstätig, wodurch er sich Kenntnisse diverser Fremdsprachen aneignete. Seine Italienisch-Kenntnisse waren es auch, die ihn für seinen späteren Posten in Rom prädestinierten. Ab 1941 war der junge Erich Priebke – zuletzt im Grade eines SS-Hauptsturmführers – im italienischen Rom als Verbindungsoffizier zur italienischen Polizei tätig. Im März 1944 verübten italienische Partisanen einen Anschlag auf das deutsche Polizeiregiment in Rom, bei dem 33 deutsche Polizeisoldaten und mehrere unbeteiligte Zivilisten aus Italien – darunter ein 13-jähriger Junge – getötet wurden. Priebke war anschliessend gezwungen, an der von oberster Führungsschicht verordneten Vergeltungsaktion in den ardeatinischen Höhlen mitzuwirken, bei dem 335 Zivilisten erschossen wurden. Ohne dieses schreckliche Kriegsgreuel beschönigen zu wollen, doch war es geltendes Kriegsrecht, bei einem von nicht uniformierten Elementen begangenen Anschlag, Repressionen gegen die Zivilbevölkerung vorzunehmen. Diese Vergeltungsmassnahmen wurden seitens der Heere verschiedenster Nationen angewendet. Die französischen Besatzungstruppen in Baden-Württemberg 1945 sahen gar die

Tötung von 50 Zivilisten für jeden von deutschen Heckenschützen umgebrachten, französischen Soldaten vor. Sogar während des Nürnberger Prozesses wurde das in den ardeatinischen Höhlen zur Anwendung gebrachte Verhältnis von 10:1 für „angemessen" eingestuft. Nichts desto trotz wurde Erich Priebke 1996 von einem italienischen Militärgerichtshof angeklagt und – wie seine Kameraden bereits 1948 – freigesprochen, da er unter Befehlsnotstand gehandelt hat. Nach dem Freispruch Priebkes kam es zu internationalen und teils gar gewaltsamen Protesten einflussreicher Kreise, so dass das Verfahren 1998 erneut aufgegleist wurde, diesmal mit der für „Nazi-Jäger" zufriedenstellenden Verurteilung Priebkes zu lebenslanger Haft. Auf Grund seines hohen Alters wurde die lebenslange Haft schliesslich in einen Hausarrest umgewandelt, denn Erich Priebke bis zu seinem Todestag in Rom zu verbüssen hatte. Am 29.Juli dieses Jahres feierte Erich Priebke seinen 100.Geburtstag in Rom. Eine geplante Geburtstagsfeier musste – auf Grund der international getätigten, medialen Aufwiegelung wieder abgesagt werden. Als seine Angehörigen Erich Priebke in Rom besuchten, wurden diese vom aufgehetzten und von Hass erfüllten Strassenpöbel beschimpft, bespuckt und tätlich angegriffen. In den Folgemonaten verschlechterte sich der Gesundheitszustand Priebkes drastisch und so hörte am 11.Oktober 2013 ein aufrichtiges deutsches Herz auf zu schlagen. Was sich im Vorfeld des Todes bereits abzeichnete, fand in den Wochen danach seinen unrühmlichen Höhepunkt. Die öffentliche Diskreditierung Erich Priebkes durch die Medien machte den Anfang, gefolgt von unsagbarem und an Niedertracht kaum zu übertreffendem Verhalten der Zivilgesellschaft, wiewohl diese Unmenschen mit einem zivilisierten Verhalten so viel gemein haben, wie der Tag mit der Nacht. Unter anderem wurde der Sarg des verstorbenen Erich Priebkes mit Fusstritten traktiert, bespuckt und durch Steinwürfe beschädigt.

Die katholische Kirche verwehrte Erich Priebke das ihm zustehende Begräbnis. Der Leichnam Priebkes, dessen letzter Wunsch es war neben seiner bereits im Jahre 2004 verstorbenen Frau zu ruhen, musste an einem geheimen Ort beigesetzt werden. Das zynische Verhalten dieses Pöbels ist lebendiger Ausdruck des geistigen und seelischen Notstandes dieser Zeit.

Wir bedauern, in unserem Bericht nicht alle im Zusammenhang mit der staatlichen Repression volkstreuer Kräfte stehenden Ereignisse aufgelistet und kommentiert zu haben, da dies schlicht den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Anbei einen Verweis zur Rubrik „Repression", zu finden auf der lobenswerten Informationsplattform Altermedia Deutschland (http://altermedia-deutschland.info/list.php/category/161-Repression).

Es ist uns ein grosses Anliegen, in diesem Bericht auch auf das Leid der aktuell inhaftierten Kameraden aufmerksam zu machen, die die Gesinnungsjustiz unter Anwendung hanebüchener Gesetzesparagraphen in die Kerker des demokratischen Systems verbannt hat. Dieses Schicksal kann jeden von uns treffen und gerät viel zu oft in Vergessenheit unseres politischen Kampfes.

Wir resümieren: Unsere Welt steht Kopf, die aktuellen Entwicklungen stellen eine existenzielle Gefahr noch nie dagewesenen Ausmasses für die Volksgruppen dieser Welt dar. Die Volkstreue Jugend Liechtenstein bekräftig ihre schon mehrfach zum Ausdruck gebrachte Forderung nach einer sicheren und lebenswerten Ordnung für alle Menschen dieser Welt, was jedoch nur unter Achtung der natürlichen Gesetzgebung menschlicher Schöpfung sowie der drakonischen Bekämpfung Krimineller erzielt werden kann. Dies kann nur erreicht werden, wenn den Begriffen Volk und Kultur höchste Wertschätzung entgegengebracht wird und diese wieder in den Mittelpunkt unseres Bewusstseins rücken. Politik und Wirtschaft haben sich an den Kollektivinteressen der Völker und Kulturen dieser Welt zu orientieren. Der Politik kommt die Aufgabe zu, notwendige Rahmenbedingungen für die biologische Existenzsicherung eines Volkes zu schaffen, während die Wirtschaft die Basis für die geistige und kulturelle Höherentwicklung eines Volkes bildet. Was wir gegenwärtig erleben, ist die Diktatur des Geldkapitals über die produktive Wirtschaft zum Zwecke der Profitmaximierung der Kapitalbesitzer. Vereinfacht ausgedrückt: Die Wirtschaft hat den Interessen des Volkes zu dienen und nicht – wie aktuell – das Volk den Interessen der Wirtschaft.

Die Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein wünscht allen volks- und heimatbewussten Menschen dieser Welt einen guten Übergang ins neue Jahr und bedankt sich für das Lesen unserer Schriftstücke. Wir werden im neuen Kampfjahr 2014 unsere politische Arbeit selbstverständlich fortsetzen, jedoch unter Anwendung eines neuen Konzeptes. Hierzu möchten wir zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht zu viele Einzelheiten preisgeben und melden uns dahingehend im neuen Jahr wieder.

Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein

Quelle: http://logr.org/vjfl/2013/12/31/jahresrueckblick-2013-der-vjfl/ [16.2.2013]